

# Sozialarchiv Info



3/2023

Schweizerisches

Sozialarchiv



# Bibliothek, Archiv, Dokumentation

Das Schweizerische Sozialarchiv vereint eine Bibliothek, ein Archiv und eine Dokumentation unter einem Dach. Sie finden bei uns Dokumente zu allen relevanten Gesellschaftsfragen.

Thematische Schwerpunkte betreffen Arbeit, Migration und Politik, soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherheit, das Verhältnis der Generationen, Geschlechter und Kulturen, politische Parteien, Gewerkschaften und soziale Bewegungen sowie den öffentlichen Diskurs zu politischen und gesellschaftlichen Fragen in der Schweiz seit dem 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart.

Im Sozialarchiv finden Sie dazu internationale Forschungsliteratur in Form von Büchern und wissenschaftlichen Zeitschriften, aber auch graue Literatur aus der Schweiz in Form von Broschüren, Flugblättern und zivilgesellschaftlichen Zeitschriften. Über 900 Körperschaftsarchive und Nachlässe aus der Schweiz bergen reichhaltige Primärquellen. Audiovisuelle Dokumente (Fotografien, Drucke, Videos, Filme, Tondokumente, Pins, Kleber, Objekte etc.) ermöglichen einen erweiterten medialen Zugang zu historischen Themen.

Das Sozialarchiv stellt sämtliche Dokumente möglichst niederschwellig zur Verfügung. Nutzung vor Ort und Ausleihe sind grundsätzlich kostenlos [exkl. spezielle Services].

Öffnungszeiten

Lesesaal

Montag bis Freitag 8–19.30 Uhr, Samstag 9–16 Uhr

Ausleihe und Information

Montag bis Freitag 9–19.30 Uhr, Samstag 11–16 Uhr

Adresse

Schweizerisches Sozialarchiv  
Stadelhoferstrasse 12  
8001 Zürich

Verwaltung: +41 (0)43 268 87 40  
Ausleihschalter: +41 (0)43 268 87 50

kontakt@sozialarchiv.ch  
sozialarchiv.ch



ISSN 2673-9542

## Inhalt

<b>Editorial</b>	<b>4</b>
<b>Veranstaltungen</b>	<b>5</b>
<b>Nachruf: Dr. Karl Lang, 25.6.1939–8.7.2023</b>	<b>7</b>
<b>Buchempfehlungen der Bibliothek</b>	<b>11</b>
<b>Propagandafilme aus der Zeit des Kalten Kriegs</b>	<b>17</b>
<b>Erschlossene Neuzugänge in der Abteilung Archiv</b>	<b>21</b>
<b>Vor 75 Jahren: Die Streikwelle nach dem Zweiten Weltkrieg</b>	<b>22</b>

Passend zu aktuellen Diskussionen rund um die Teuerung finden Sie in diesem SozialarchivInfo einen aufschlussreichen Text von Christian Koller zu einer Welle von Streiks in der Schweiz nach dem Zweiten Weltkrieg, die sich in ihren Anliegen in vielen Punkten von den Streiks zu Ende des Ersten Weltkriegs unterscheiden. In den späten 1940er-Jahren drehten sich die Arbeitskämpfe vor allem um die Erhöhung des Reallohns sowie um die vertraglichen Regelungen der Arbeitsbeziehungen in verbindlichen Gesamtarbeitsverträgen (GAV), welche konkrete materielle Abmachungen zu Lohn, Arbeitszeiten oder etwa Ferienanspruch enthielten. Fazit: Das Kämpfen hat sich für die Arbeitnehmenden am Ende fast immer gelohnt!

Stefan Länzlinger beschreibt in seinem Artikel sehr anschaulich, auf welchen verschlungenen Wegen Propagandafilme aus der Sowjetunion und der DDR ins Sozialarchiv gekommen sind und welche Arbeitsschritte – von der Visionierung über die Bewertung bis zur Digitalisierung und Erschliessung – nötig waren, bis die Filme nun online zugänglich sind.

Am 20. September 2023 startet unsere Veranstaltungsreihe «Schöner wohnen? Besser leben!» mit insgesamt vier Veranstaltungen zu Themen wie Wohngemeinschaften gestern und heute, genossenschaftlichem Wohnen im 21. Jahrhundert, neuen Formen des Woh-

nens im Alter und aktivistischen Experimenten mit solidarischen Wohnformen. Merken Sie sich die Daten doch gleich schon vor!

Ihr Sozialarchiv-Team

## Thematische Reihe «Schöner wohnen? Besser leben!»:

Mittwoch, 20. September 2023, 19 Uhr,  
Theater Stadelhofen

### **Die WG: Ein alternatives Modell macht Schule**

Podiumsdiskussion über die Entwicklung von Wohngemeinschaften seit den 1970er-Jahren mit Zeitzeug:innen und Filmausschnitten.

Moderation Daniel Hitzig

Mittwoch, 27. September 2023, 18 Uhr,  
vor Ort in Winterthur

### **Genossenschaftliches Wohnen 2.0**

Besichtigung der Genossenschafts-siedlung «Vogelsang» in Winterthur.

Führung mit Andreas Siegenthaler (Gemeinnützige Wohnbaugenossenschaft Winterthur), begleitet von Daniel Hitzig

Donnerstag, 5. Oktober 2023, 19 Uhr,  
Theater Stadelhofen

### **Zusammen daheim statt ins Altersheim**

Podiumsdiskussion über alternatives Wohnen im Alter mit Ulrich Otto (Projektleiter «Gemeinschaftliches Wohnen: Generationenwohnen in langfristiger Perspektive»), Monika Bachmann (Hausgemeinschaft 55+ der ABZ-Siedlung Entlisberg), Christine Nünlist (Genossen-

schaft zusammen\_h\_alt, Winterthur) und Othmar F. Arnold (Wohngemeinschaft «Alte Sennerei», Tenna).

Moderation Daniel Hitzig

Donnerstag, 9. November 2023, 18 Uhr,  
Theater Stadelhofen

### **«Labitzke-Farben» – Vom gemein- schaftlichen zum solidarischen Wohnen**

Buchpräsentation «Labitzke Farben. Archäologische Untersuchung einer Stadtutopie» mit der Autorin Diana Bärmann und Diskussion über «Diverses Wohnen» mit weiteren Praktiker:innen.

Moderation Daniel Hitzig

## Weitere Veranstaltungen:

Donnerstag, 21. September 2023, 19 Uhr,  
Schweizerisches Sozialarchiv, Medienraum

### **Das Fräulein mit dem roten Koffer**

Erfahrungsbericht über eine Flucht aus der DDR mit Ursula und Rüdiger Findeisen

Freitag, 17. November 2023, 18.00 Uhr,  
Schweizerisches Sozialarchiv, Medienraum

### **Praxis der Sozialstaatlichkeit: Kordinieren und Finanzieren zwischen Expertise, Staat und Gemeinnützigkeit**

Buchvernissage mit den Autor:innen Gisela Hauss, Kevin Heiniger und Markus Bossert

Donnerstag, 23. November 2023, 19 Uhr,  
Schweizerisches Sozialarchiv, Medienraum

**Nahostfriede ohne Demokratie:**

**Der Vertrag von Lausanne und  
die Geburt der Türkei 1923**

Buchvernissage mit dem Autor Hans-  
Lukas Kieser

## Veranstaltung in Zusammenarbeit mit dem Sozialarchiv:

2./3. November 2023, Kongresshaus Zürich

**Schweizer Bibliothekskongress**

**2023: Offenheit und Verantwortung –  
aktuelle Herausforderungen**

Informationen unter [www.biblio-  
suisse.ch/aktivitaten/schweizerbibliotheks-  
kongress/2023zurich](http://www.biblio-<br/>suisse.ch/aktivitaten/schweizerbibliotheks-<br/>kongress/2023zurich)

## Nachruf: Dr. Karl Lang, 25.6.1939–8.7.2023

Anfang Juli ist unser langjähriger Wissen-  
schaftlicher Mitarbeiter Karl Lang nach  
langer, schwerer Krankheit im Alter von  
84 Jahren verstorben. Karl Lang wuchs  
in Horn (TG) am Bodensee auf, absolvier-  
te zunächst eine Lehre bei der SBB und  
holte dann die Matura nach. Anschliessend  
studierte er Geschichte und Germanistik  
an der Universität Zürich und arbeitete  
als Lehrer am Freien Gymnasium Zürich.  
Nach dem Studienabschluss 1968 dokto-  
rierte Karl Lang als Vertreter einer jungen  
Historiker:innengeneration mit sozialhis-  
torischem Interesse beim Globalhistoriker  
Rudolf von Albertini über den Zürcher  
Arbeiterarzt, Publizisten, sozialdemo-  
kratischen, anarchistischen und kommu-  
nistischen Aktivistinnen und Politiker sowie  
Sexualreformer Fritz Brupbacher. Dazu  
wertete Lang als erster den umfangreichen  
Brupbacher-Nachlass mit seinen teil-  
weise sehr schwer zu entziffernden Tage-  
büchern aus, den das Sozialarchiv bereits  
1949, vier Jahre nach Brupbachers Tod,  
übernommen hatte. Das Thema inter-  
essierte über den akademischen Elfen-  
beinturm hinaus: Im Sommer 1973 wurde  
Karl Lang von DRS 2 zu einer Radiosen-  
dung über Brupbacher eingeladen. Das  
auf Langs Dissertation beruhende Buch,  
das erstmals 1975 und dann in zweiter  
Auflage 1983 erschien, ist bis heute das  
Standardwerk der Brupbacher-Forschung.  
Ebenso besorgte Lang in den 1970er-  
Jahren Neueditionen verschiedener Schrif-  
ten Brupbachers, referierte an der Jah-

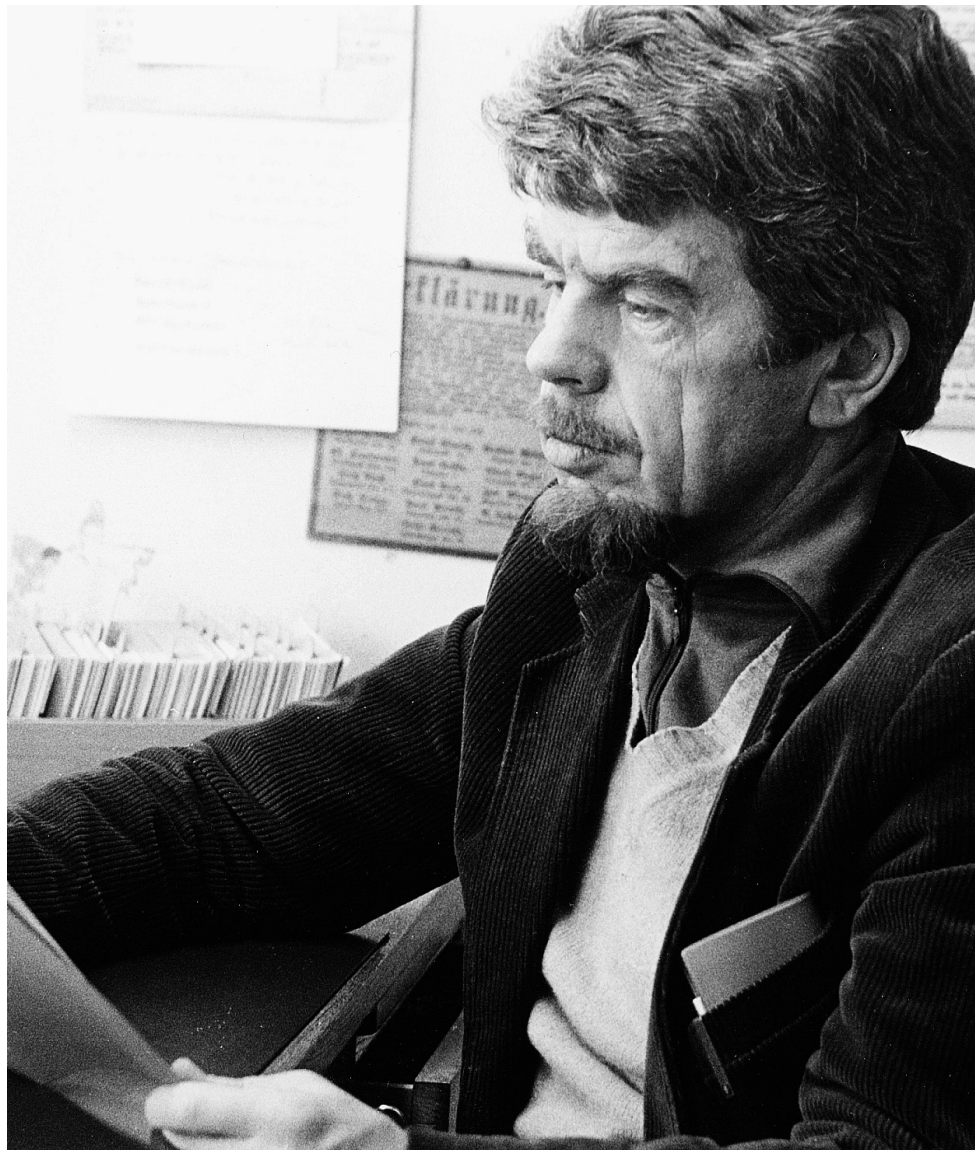
resversammlung 1976 des Sozialarchivs  
zum Thema «Fritz Brupbacher und die  
Frage der Autorität» und erstellte 1978 das  
Findmittel des Brupbacher-Nachlasses.

Zugleich beteiligte sich Karl Lang  
am 39-köpfigen Autor:innenkollektiv, das  
1975 den kommentierten Quellenband  
«Schweizerische Arbeiterbewegung» he-  
rausgab. Das Buchprojekt ging zurück auf  
eine vom Sozialarchiv, der Zentralbiblio-  
thek Zürich und dem Präsidialdepartement  
der Stadt Zürich 1972 im Stadthaus aus-  
gerichtete Ausstellung zur Geschichte der  
Schweizer Arbeiter:innenbewegung, die  
wesentlich auf Vorarbeiten einer student-  
ischen Arbeitsgruppe beruhte und in der  
Folge auch mit grossem Publikumserfolg  
in Basel, Luzern, Winterthur und St. Gallen  
gezeigt wurde. Der Leiter des Huber Ver-  
lags wollte daraufhin das zugrundeliegen-  
de Aktenmaterial in Buchform publizieren;  
dieser Plan wurde vom Verwaltungsrat des  
Verlags nach einer Intervention der Zür-  
cher Geschichtswissenschaftler Marcel Beck  
und Hans Conrad Peyer aber vereitelt und  
der Verlagsleiter erhielt den blauen Brief.  
Aufgrund eines ähnlichen Vorgangs ver-  
weigerte in der Folge auch der Suhrkamp  
Verlag den Druck. Als Resultat dieser «Can-  
cel Culture» avant la lettre erschien der  
Quellenband schliesslich beim Limmat  
Verlag. Die Erstauflage von 5'000 Exemp-  
laren war rasch vergriffen, 1979 kam eine  
aktualisierte Fassung heraus und 1980  
sowie 1989 erschienen weitere Auflagen.



Mittlerweile (ab 1974) war Karl Lang Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Sozialarchiv geworden. Mit der Anerkennung der Subventionsberechtigung des Sozialarchivs durch den Bund im Rahmen des neuen Bundesgesetzes über die Hochschul-

förderung wurde nach langen Jahren der Personal- und Finanzknappheit erstmals die Besetzung einer Archivarsstelle möglich. Zwar hatte die Institution bereits 1942 ihren Namen geändert von «Zentralstelle für soziale Literatur der Schweiz» in



Karl Lang, um 1980 (Foto: Urheber:in unbekannt/SozArch F 5009-Fx-127)

«Schweizerisches Sozialarchiv», die ab den 1930er-Jahren übernommenen Nachlässe und Körperschaftsarchive mussten aber jahrzehntelang unbearbeitet bleiben. Karl Lang als Wissenschaftlichem Mitarbeiter in den Abteilungen Archiv und Kleinschriften oblag nun die Erschließung dieser Bestände. Damit legte er die Grundlagen der heutigen Archivabteilung, für die sukzessive Übernahme einer Vielzahl weiterer Privatarchive und mithin einer Sammlung, die heute auf der Liste der Kulturgüter von nationaler Bedeutung figuriert. Ab 1976 gehörte Lang als Personalvertreter auch dem Vorstand des Sozialarchivs an. 1996 wechselte er dann in die Periodika-Abteilung, wo er bis zu seiner Pensionierung 2002 tätig blieb. Danach nahm er noch bis zum Ausbruch der Corona-Pandemie regelmässig an den Jahresversammlungen des Vereins Schweizerisches Sozialarchiv teil.

In der 1970 gegründeten International Association of Labour History Institutions (IALHI) spielte Karl Lang als Vertreter des Sozialarchivs in den 1980er-Jahren eine führende Rolle. Bereits 1972 hatte das Sozialarchiv als IALHI-Gründungsmitglied die dritte Jahreskonferenz dieser Dachorganisation ausgerichtet – diese gab den Anlass für die bereits genannte Ausstellung im Stadthaus. Im Jahr 1980 wurde Karl Lang zum Sekretär der IALHI gewählt, was der Neuen Zürcher Zeitung unter dem Titel «Ehrung eines Archivars» eine Meldung wert war (NZZ, 10.9.1980). Lang leitete die IALHI bis 1987. In dieser Zeit stieg die Zahl der in der IALHI zusammengeschlossenen Archive, Bibliotheken und Forschungseinrichtungen von 69 auf 93 – heute sind es 125. 1988 fand auf Vermittlung von Karl Lang die 19. Jahrestagung der IALHI erneut in Zürich statt.

Daneben betätigte sich Karl Lang auch immer wieder als «Public Historian»: Bereits 1968 publizierte er zum 50. Jahrestag des Endes des Ersten Weltkriegs in der Schweizer Illustrierten einen neunseitigen Artikel über die Schrecken des Krieges und seine langfristigen geopolitischen Folgen (Schweizer Illustrierte, 4.11.1968). Vier Jahre darauf folgte zum 60. Jahrestag des ersten Zürcher Generalstreiks von 1912 ein Beitrag im Tages-Anzeiger-Magazin zu diesem Ereignis (Tages-Anzeiger-Magazin, 9.12.1972). Zum 75-Jahre-Jubiläum des Sozialarchivs stellte Karl Lang die Institution 1981 in einer Sendung des Deutschschweizer Radios vor. Ein Jahr darauf hielt er an der Basler «Friedenswoche» zum Gedenken an den sozialistischen Friedenskongress vom November 1912 zusammen mit dem Basler Geschichtspräsidenten Markus Mattmüller das historische Hauptreferat der Eröffnungsveranstaltung. Die beiden Historiker teilten an der Friedenswoche das Rednerpult mit viel Prominenz, unter anderen Bundesrat Willi Ritschard, Altbundeskanzler Willy Brandt, dem mehrfachen portugiesischen Premierminister und nachmaligen Staatspräsidenten Mário Soares oder dem Schriftsteller und ehemaligen senegalesischen Staatspräsidenten Léopold Sédar Senghor. Ab 1985 präsidierte Karl Lang die Vorbereitungsgruppe für die Festschrift zum 100. Geburtstag der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, die 1988 unter dem Titel «Solidarität, Widerspruch, Bewegung» herausgegeben von Karl Lang, Peter Hablützel, Markus Mattmüller und Heidi Witzig erschien. 1989 kuratierte Lang eine Ausstellung in der Zentralbibliothek Zürich zur damals 100-jährigen Geschichte des 1. Mai. Ebenso publizierte er zu verschiedenen Themen der schweizerischen Arbeiter:innengeschichte und ihrer

Archive. Als aktiver Staatsbürger war Karl Lang 1974 bis 1978 Schulpflegemitglied in der Goldküstengemeinde Zollikon (und wurde in diesem Amt Gegenstand eines ideologisch motivierten Shitstorms durch eine anonyme Flugblattkampagne), dann der Bezirksschulpflege und fungierte lange Jahre als Präsident und danach bis 2016 als Kassier der SP Zollikon. Nach der Pensionierung engagierte er sich unter anderem als Mitglied der Objektbaukommission und Präsident der Bibliothekskommission für den neuen Quartiertreffpunkt Zollikerberg, leitete eine Wandergruppe für ältere Menschen im Rahmen der Pro Senectute und führte historische Stadtrundgänge für Zolliker:innen durch das «Rote Zürich».

Das Schweizerische Sozialarchiv ist Karl Lang für seine jahrzehntelange Arbeit dankbar und wird dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.

Christian Koller

## Schriften von Karl Lang im Schweizerischen Sozialarchiv (Auswahl):

- Arbeitsgruppe für Geschichte der Arbeiterbewegung Zürich: Schweizerische Arbeiterbewegung: Dokumente zu Lage, Organisation und Kämpfen der Arbeiter von der Frühindustrialisierung bis zur Gegenwart. Zürich 1975, 54290
- Brupbacher, Fritz: 60 Jahre Ketzer: Selbstbiographie: Ich log so wenig als möglich. Anmerkungen und Nachwort von Karl Lang. Zürich 1973, 51207
- Brupbacher, Fritz: Marx und Bakunin: Ein Beitrag zur Geschichte der Inter-

nationalen Arbeiterassoziation. Vorwort von Karl Lang. Berlin 1976, 58209

- Lang, Karl: Arbeiter heraus! Der Zürcher Generalstreik 1912, in: Tages-Anzeiger-Magazin 49 (1972). S. 17–23, 335/79-10
- Lang, Karl: Verzeichnis der Akten der Trotzlistenprozesse im Eidgenössischen Militärdepartement in Bern. Zürich 1974, 335/413-20
- Lang, Karl: Kritiker, Ketzer, Kämpfer: Das Leben des Arbeiterarztes Fritz Brupbacher. Zürich 1975, 2. Aufl. 1983, Hf 3500
- Lang, Karl: Einleitung, in: Fritz Brupbacher: Hingabe an die Wahrheit: Texte zur politischen Soziologie, Individualpsychologie, Anarchismus, Spiessertum und Proletariat. Berlin 1979. S. 9–17, 64007
- Lang, Karl: La grève générale de 1912 à Zurich, in: Cahiers Vilfredo Pareto 42 (1977). S. 129–141, N 2463
- Lang, Karl: Die Archive der schweizerischen Arbeiterbewegung, in: Archivum 27 (1980). S. 122–129, D 5325
- Lang, Karl: 75 Jahre Schweizerisches Sozialarchiv, in: Nachrichten VSB/SVD 57 (1981). S. 152–157, N 295
- Lang, Karl und Hans-Ulrich Stauffer (Hg.): Theo Rutschi: Ich höre ein Lied. Zürich 1983, 74153
- Lang, Karl et al. (Hg.): Solidarität, Widerspruch, Bewegung: 100 Jahre Sozialdemokratische Partei der Schweiz. Zürich 1988, 84808
- Lang, Karl: Chronologie der Ereignisse, in: ders. et al. (Hg.): Solidarität, Widerspruch, Bewegung: 100 Jahre Sozialdemokratische Partei der Schweiz. Zürich 1988. S. 31–87, 84808
- Lang, Karl: Die Archive der schweizerischen Arbeiterbewegung, in: Studer, Brigitte und François Vallotton (Hg.): Histoire sociale et mouvement ouvrier: Un bilan historiographique 1848–1998. Lausanne/Zürich 1997. S. 249–266, 102914

## Buchempfehlungen der Bibliothek

An dieser Stelle empfehlen Ihnen Mitarbeitende des Sozialarchivs jeweils ein paar ausgewählte Titel aus dem vielfältigen und reichhaltigen Bestand der Bibliothek des Sozialarchivs. Im Fokus stehen Buch-Neuerscheinungen, es kann aber auch einmal eine spezielle Zeitschrift sein oder ein Klassiker, den wieder zur Hand zu nehmen sich lohnt.

Die vollständige Zuwachsliste mit den Neuerwerbungen der Abteilung Bibliothek ist auf unserer Website abrufbar: [www.sozialarchiv.ch/bibliothek/bestaende/zuwachsliste](http://www.sozialarchiv.ch/bibliothek/bestaende/zuwachsliste). Dort können die Bücher via swisscovery auch gleich bestellt werden.

Wenn Sie einen Titel aus dem Sammelgebiet des Sozialarchivs in unseren Beständen vermissen, können Sie ihn uns zur Anschaffung vorschlagen ([www.sozialarchiv.ch/bibliothek/benutzung/anschaffungsvorschlag](http://www.sozialarchiv.ch/bibliothek/benutzung/anschaffungsvorschlag)). Wir werden Ihren Vorschlag prüfen und Ihnen dann mitteilen, ob wir den Titel anschaffen.

**David F. Walker, Markus Kwame: The Black Panther Party. A graphic novel history. Emeryville, 2021**  
(Signatur Gr 15571)

In ihrer Graphic Novel beleuchten Journalist David F. Walker und Illustrator Markus Kwame Anderson den historischen Hintergrund der Black Panther

Party. Das tun sie vor allem anhand von Einzelschicksalen und zentralen Ereignissen, die sich zu einem tragischen Gesamtbild der strukturellen Diskriminierung und Unterdrückung der Afroamerikaner:innen zusammenfügen. Die biografisch-anekdotische Herangehensweise behalten sie bei der Erzählung über das Wirken der Black Panthers bei. Dazu gehört deren zu wenig beachtetes soziales Engagement sowie der Einfluss, den sie auf andere nationale und transnationale Bewegungen von Minderheiten ausgeübt haben.

Sie veranschaulichen die machiavelistischen Bemühungen der US-Regierung, die Black Panthers zu zerschlagen und zu diffamieren. Dem so bewusst beförderten Klischee von gewalttätigen Terroristen kam die Position der Black Panthers zur Gewaltfrage entgegen: Im Gegensatz zu Martin Luther King betrachteten sie Gewalt als ein legitimes Mittel zur Selbstverteidigung.

Walker und Anderson versuchen, das Bild von den Black Panthers wieder geradzurücken, reflektieren aber auch kritisch deren interne Widersprüche und Konflikte. Charakteristisch für diese Graphic Novel ist neben der farbintensiven und klaren Bildsprache Andersons die hohe Informationsdichte, die vereinzelt eine flüssige Lektüre ins Stocken geraten lässt. Dennoch ist es eine kompakte und

visuell ansprechende Einführung in die komplexe Geschichte der Black Panther Party und der afroamerikanischen Bürgerrechtsbewegung.

Emina Konjalić

**Tobias Roth (Hg.): Gartenstadt-bewegung. Flugschriften, Essays, Vorträge und Zeichnungen aus dem Umkreis der Deutschen Gartenstadt-gesellschaft. Berlin, 2019**

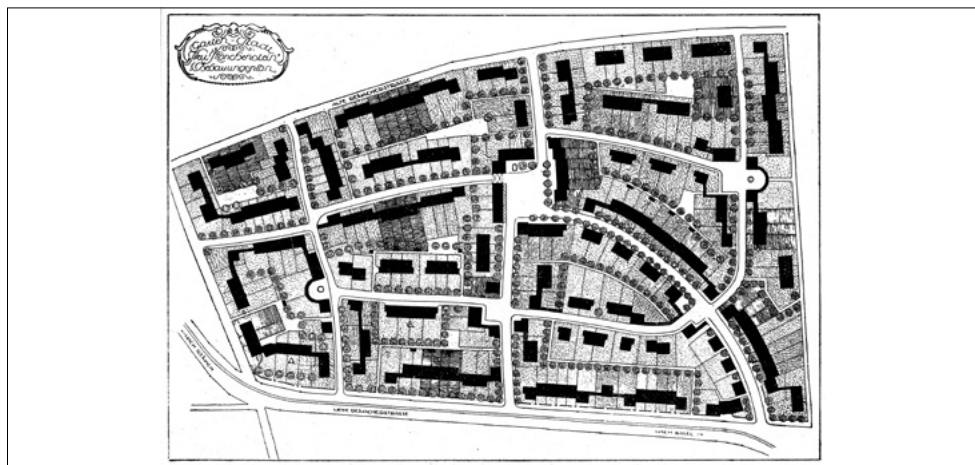
(Signatur 150071)

Der Band versammelt Texte von Autor:innen aus dem Umkreis der Deutschen Gartenstadtgesellschaft. Entstanden im Jahrzehnt von 1903 bis 1913, reagierten sie auf Wohnungs- und Umweltprobleme in der Grossstadt, die bis heute aktuell geblieben sind. Insbesondere die Aussagen zur Umweltproblematik könnten teilweise eins zu eins heute wiederholt werden: «Zurück zur Natur wollen wir durch die Gartenstadt», forderte beispielsweise der Steglitzer Gartendirektor Fritz Zahn im Jahr 1906.

Am Anfang einer bald gesamteuropäischen Bewegung stand Ebenezer Howards Schrift «Tomorrow. A Peaceful Path to Real Reform», die 1898 erschien und 1902 erneut aufgelegt wurde, nun unter dem eingängigeren Titel «Garden Cities of Tomorrow». Man wollte Problemen wie Wohnungsnot, hygienisch katastrophalen Bedingungen und Überbevölkerung mit dem Konzept der Gartenstadt Gegensteuer geben, wobei es nicht nur um die Begrünung von urbanem Lebensraum gehen sollte, sondern auch um die Demokratisierung desselben oder, wie es der deutsche Autor Heinrich Hart etwas poetischer ausdrückte, um seine Gestaltung «als ein Paradies, einen Garten ohne Ende, einen Garten in spriessender Fülle, einen Garten voll tiefen Friedens und ungetrübter Seligkeit für seine Bewohner».

**Bestände im Sozialarchiv (Auswahl):**

- Andrea Pühringer/Holger Th. Gräf (Hg.): Grün in der Stadt. Vom Hortus conclusus zum Urban gardening. Innsbruck, 2023 (Signatur 150348)



«Bebauungsplan» aus: Emil Dettwiler: Die Gartenstadt «Neu-Mönchenstein». Ein Beitrag zur Lösung der Wohnungsfrage in Basel unter besonderer Berücksichtigung der Mittelstands-Wohnungen. Basel, 1912 (Bild: Wikimedia Commons)

- Dominique Boudet (Hg.): Wohn-genossenschaften in Zürich. Gartenstädte und neue Nachbarschaften. Zürich, 2017 (Signatur Gr 14398)
- Gartenstadt. Mitteilungen der Deutschen Gartenstadtgesellschaft. Leipzig, 1927–1931 (Signatur NN 1218)
- Städtebau; Gartenstadtbewegung (Signaturen KS 333/11 und KS 333/11a)

Susanne Brügger

**Ambros Uchtenhagen (Hg.): 30 Jahre Schweizer Drogenpolitik, 1991–2021. Zürich, 2022**

(Signatur 150729)

Vor rund einem Jahr ist der Zürcher Psychiater Ambros Uchtenhagen 94-jährig verstorben. Noch einige Monate vorher, im März 2022, erschien eine von ihm herausgegebene Chronik zur Schweizer Drogenpolitik, welche Uchtenhagen massgeblich geprägt hat. Eine Drogenpolitik, die Anfang der 1990er-Jahre mit dem Vier-Säulen-Modell bahnbrechend war und mit den bisherigen Regelungen radikal brach.

Die von Uchtenhagen verfasste Chronik beschreibt die Besonderheiten der neuen Massnahmen und vor allem deren Umsetzung in den Bereichen Prävention, Therapie, Schadensminderung und Repression. Ausserdem werden die Auswirkungen auf nationaler und internationaler Ebene, die Grenzen des neuen Regimes und die Herausforderungen dargestellt, die noch zu bewältigen sind. Ergänzend zur Chronik und ihrem Quellenmaterial enthält das Buch eine Reihe von Beiträgen wichtiger Protagonist:innen, die neben Uchtenhagen die Schweizer Drogenpolitik beeinflusst haben, darunter Vertreter:innen verschiedener Berufsbereiche wie Psychiatrie, Sozialarbeit oder Soziologie. Sie alle erzählen noch ein-

mal von ihren Erfahrungen in den letzten dreissig Jahren.

**Bestände im Sozialarchiv (Auswahl):**

- Peter-Paul Bänziger et al.: Die Schweiz auf Drogen. Szenen, Politik und Suchthilfe, 1965–2022. Zürich, 2022 (Signatur 148766)
- Sachdossier zur Drogenpolitik (Dossier 64.4\*2)
- Archiv der «Aktion betroffener Anrainer (ABA)» (SozArch Ar 201.58)

Susanne Brügger

**Anna Rosenwasser: Rosa Buch. Queere Texte von Herzen. Zürich, 2023**  
(Signatur 149693)

Für manche ist LGBTQ ein überflüssiger Trend, andere verstehen den Ausdruck nicht. Viele Personen wiederum sind in diesen Buchstaben zu Hause – Anna Rosenwasser ist eine von ihnen. Die bisexuelle LGBTQ-Aktivistin und Politinfluencerin schreibt über Geschlecht und Anziehung in ehrlichen, humorvollen und manchmal «hässigen» Texten. Sie schreibt nicht nur für diejenigen, die längst wissen, dass sie queer sind, sondern genauso für alle, denen dieses Wort neu – und, wer weiss, vielleicht mittelsympathisch – ist. Ausserdem setzt sich die Autorin in ihren Texten auch immer wieder mit ihren jüdischen Wurzeln auseinander.

Das «Rosa Buch» versammelt Texte von Anna Rosenwasser aus den Jahren 2018 bis 2022. Teilweise handelt es sich dabei um Kolumnen, welche sie für diverse Zeitschriften und Zeitungen – darunter Saiten, das Mannschaft Magazin oder die Schaffhauser AZ – geschrieben hat, bei einigen Texten um Erstveröffentlichungen. Für das «Rosa Buch» hat die Autorin Pas-

sagen aus den Texten kommentiert, welche sie mittlerweile anders oder genauer sieht, leichter oder ernster nimmt. Mit dem ergänzenden Stichwortregister und dem Glossar ist ein Buch entstanden, welches nicht zwingend von Anfang bis Schluss gelesen werden muss und zum Schmökern einlädt.

#### **Bestände im Sozialarchiv (Auswahl):**

- Rita Jost und Heidi Kronenberg (Hg.): Gruss aus der Küche. Texte zum Frauenstimmrecht. Zürich, 2020 (Signatur 144385)
- Florian Vock (Hg.): Whatever the fuck you want. Queer sex. Zürich, 2020 (Signatur 144823)
- Sachdossier zu Homosexualität, Transgender, Intersexualität (Dossier 13.9)

Andrea Schönholzer

#### **Hannah Ross: Revolutions. Wie Frauen auf dem Fahrrad die Welt veränderten. Hamburg, 2022 (Signatur 147713)**

Radfahrerinnen sind eine Inspiration, ob sie nun auf Medaillenjagd gingen, die Welt erkundeten oder sich für das Frauenwahlrecht einsetzten. «Das Ross, auf dem Frauen in eine neue Welt ritten» – so beschrieb das US-amerikanische Munsey's Magazine 1896 treffend die politische Bedeutung des Fahrrads in seinen Anfängen. Die Erfindung des Fahrrads im Jahr 1900 wurde als «Game Changer» betrachtet. Wenige Dinge, die jemals von Menschen benutzt wurden, haben eine so grosse Revolution in den sozialen Verhältnissen bewirkt wie das Fahrrad. Die Frauen befreiten sich buchstäblich aus dem Korsett, nicht nur kleidermässig. «Weg mit den Korsetts, her mit dem Lycra», wie es im Buch etwas salopp heisst.

Nur schon das Sitzen auf einem Fahrradsattel stellte zur damaligen Zeit für viele ein offenkundig sexuelles Verhalten dar, und sie sahen darin eine Gefahr für die Moral der Frauen und auch für ihre Fortpflanzungsorgane. Es wurden spezielle Sattel entwickelt, die eine sexuelle Stimulation verhindern sollten. Man sprach von «Bicycle Walk» (die Füsse bewegten sich angeblich kreisförmig) und «Bicycle Face» (verzerrte Gesichtszüge). Das Harper's Magazine empfahl als Gegenmassnahme, Kaugummi zu kauen.

In «Revolutions» erzählt Hannah Ross die spannende und unterhaltsame Geschichte des Fahrrads aus weiblicher Perspektive. Sie führt uns von den Anfängen des Radfahrens im 19. Jahrhundert, als Frauen unglaubliche Widerstände überwinden mussten, bis in die Gegenwart und rund um die Welt.

Leider ist es Frauen in Afghanistan inzwischen wieder verboten, Fahrrad zu fahren.

#### **Bestände im Sozialarchiv (Auswahl): Bibliothek:**

- Jody Rosen: Zwei Reifen, eine Welt. Geschichte und Geheimnis des Fahrrads. Hamburg, 2023 (Signatur 150730)
- Benedikt Meyer: Vorwärts rückwärts. Zur Geschichte des Fahrradfahrens in der Schweiz. Nordhausen, 2014 (Signatur 130445)
- Gudrun Maierhof, Katinka Schröder: Sie radeln wie ein Mann, Madame. Als die Frauen das Rad eroberten. Zumikon, 1992 (Signatur 93375)
- Gustav Adolf Farner: Das Strampelbüchlein. Ein kleines ABC des Radfahrens, geschrieben für eine schöne Frau. Zürich, 1943 (Signatur Hf 1086)



Die französische Radrennfahrerin Marie Tual in Pumphosen auf einem Rennrad im Jahr 1896 oder 1897 (Foto: Jules Beau/Gallica/Wikimedia Commons)



- Simona Baldelli: Die Rebellion der Alfonsina Strada. Köln, 2021 (in Erwerbung)
- VCS-Magazin. Für zeitgemässe Mobilität. Bern, 2008– (Signatur D 4840)
- Velojournal. Magazin für Alltag und Freizeit. Zürich, 1993– (Signatur D 4281)
- Katzenauge. Zeitung der Interessensgemeinschaft (IG) Velo. Zürich, 1981–1996 (Signatur D 5206)

#### Sachdokumentation:

- Sachdossier zu Velos, Veloverkehr (Dossier 98.3\*5)

#### Archiv:

- Arbeiter-Touring-Bund ATB/ Arbeiter-Radfahrer-Bund der Schweiz «Solidarität» (SozArch Ar 51)
- Velosprinter der KJM St. Fiden, Schwarzelbe Wandervogel «Die Wilker» (SozArch Ar 689)
- IG Velo Zürich, IG Velo Schweiz (SozArch Ar 701)

Magdalena Kurmann

**Christian Suter, Stephen Brown, Dolgion Aldar, Tamir Chultemsuren (Hg.): Democratic Struggles in Challenging Times. Insights from Mongolia and around the World. Zürich/Ulaanbataar, 2021** (Signatur 150692)

Es gibt aus demokratischer Sicht auch heute erfreuliche Dinge. Entgegen aller politikwissenschaftlicher Theorieerwartung hat sich in den letzten drei Jahrzehnten in der Mongolei trotz des Fehlens demokratischer Traditionen sowie grosser Probleme mit Armut und Korruption eine demokratische Regierungsform gehalten, die mit den diktatorischen Systemen der Nachbarstaaten Russland und China kontrastiert. Das Land, das trotz der nomadischen oder mönchischen Lebensweise eines Grossteils seiner Bevölkerung

und der völligen Absenz einer Industrie oder einer Arbeiterschaft 1924 von einer buddhistischen Theokratie zur kommunistischen «Volksrepublik» mit starker Abhängigkeit von der Sowjetunion wurde, in der Folge alle Wirrungen der sowjetischen Geschichte nachvollzog und 1989/90 eine unblutige Revolution mit Massenprotesten und Hungerstreiks erlebte, besitzt ein Zweiparteiensystem aus der postkommunistischen Volkspartei und der aus den Protesten von 1990 hervorgegangenen Demokratischen Partei, die sich regelmässig in der Regierung ablösen.

In jüngster Zeit ist die Mongolei zum Zufluchtsort Tausender von der Mobilisation für den Ukrainekrieg bedrohter Russen geworden. Der auf eine Konferenz des Independent Research Institute of Mongolia und der Zürcher World Society Foundation zurückgehende Band mit neun Artikeln beleuchtet dieses interessante Land. Ein erster Teil befasst sich mit Struktur und Funktionsweise der mongolischen Demokratie und ihrer Zivilgesellschaft. Ein zweiter Teil öffnet den Blick für international vergleichende Studien, die um den Zusammenhang von Demokratie und der Verwaltung natürlicher Ressourcen kreisen.

#### Ebenso greifbar im Sozialarchiv (Auswahl):

- Christian Koller: Kollektivierte Nomaden. Die Gründung der Volksrepublik Mongolei vor 85 Jahren, in: Rote Revue 87/3 (2009), S. 28–36 (Print: Signatur N 11; online: <https://doi.org/10.5169/seals-342169>)
- Pankaj Mishra: Begegnungen mit China und seinen Nachbarn. Malaysia – Hongkong – Indonesien – Taiwan – Mongolei – Tibet – Japan – Indien. Frankfurt, 2015 (Signatur 132105)

Christian Koller

## Propagandafilme aus der Zeit des Kalten Kriegs

Unverhofft ist das Sozialarchiv zu einem spannenden Filmbestand gekommen: Rund 60 Propagandafilme aus dem Kalten Krieg sind nun online zugänglich. Sie stammen aus der Sowjetunion und der DDR und kamen auf nicht mehr vollständig rekonstruierbaren Wegen in die Schweiz, wo sie zuletzt beim Sammler Roland Gretler landeten.

Eine handschriftliche Notiz – «Filmbestand Wälli Moser» – war lange Zeit die einzige Information über mehrere Dutzend Filmrollen, die im Keller des «Panoptikums zur Sozialgeschichte» von Roland Gretler im Zürcher Schulhaus Kanzlei lagerten. Anlässlich der Übernahme des Panoptikums nach dem Tod Gretlers stellte sich heraus, dass er selber die Filme gar



Der Visionierungstisch für analoges Filmmaterial steht in einem unserer Aussenmagazine. Auf dem Bildschirm ein Still eines Films aus dem Bestand von Walter Moser. (Foto: Basil Biedermann)

nie geschaut oder anderweitig verwendet hatte. Ebenso fehlten weitere schriftliche Hinweise, die über Herkunft, Inhalt oder Verwendung der Filme hätten Auskunft geben können. Es blieb also nur der Weg über den Visionierungstisch, ein Gerät aus der mittlerweile verblichenen Zeit des analogen Films, welches das Abspielen von 16mm-Filmen ermöglicht.

Im Sommer und Herbst 2021 schauten sich die beiden Projektmitarbeiter Basil Biedermann und David Schlittler die Filme integral an und protokollierten in einer Tabelle formale, konservatorische und inhaltliche Aspekte. Diese Informationen liefern die Basis für die archivische Bewertung, also für den Entscheid, was mit dem Material geschehen soll. In der Regel wird historisch wertvolles Material digitalisiert, damit Zugänglichkeit und Erhaltung gewährleistet sind. Nur wenn der physische und chemische Zustand dies nicht erlaubt und auch eine Restaurierung nicht möglich ist, wird Filmmaterial entsorgt – in diesem Fall war das glücklicherweise nicht nötig.

Das erste Fazit nach der Visionierung: Wälli Mosers Sammlung besteht fast ausschliesslich aus Propaganda- und Imagefilmen aus der Sowjetunion und der DDR. Weil viele Filme über einen deutschen (oder französischen) Kommentar verfügen, liegt die Vermutung nahe, dass sie auch für ein deutschsprachiges



Publikum produziert wurden. Recherchen ergaben schliesslich, dass Walter Moser Mitglied der Basler PdA war. Ausserdem engagierte er sich in den sogenannten Freundschaftsgesellschaften wie der Gesellschaft Schweiz-UdSSR. Er war im Besitz eines 16 mm-Projektors und hat vermutlich an Veranstaltungen dieser Freundschaftsgesellschaften oder der PdA als Filmoperateur fungiert. Er sammelte und lagerte die Kopien bei sich zu Hause und später in einer Garage, bis die fehlende Nachfrage nach solchen Filmen und das Aussterben der analogen Formate die Rollen obsolet machte. Roland Gretler holte sie dann 2003 von Basel nach Zürich, wo sie im Schulhauskeller verstaubten.

Walter Moser und seine Vorgänger als Filmoperateure dürften einiges zu tun

gehabt haben. Ein Blick in die Akten der Gesellschaft Schweiz-Sowjetunion (SozArch Ar 23) zeigt, dass Filme zumindest in den 1950er-Jahren eine tragende Rolle in der Organisation spielten. Die Gesellschaft war 1944 zum Zweck der Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten gegründet worden. Gegenseitige Besuche und ein kultureller Austausch sollten das Misstrauen ausräumen, das im Westen gegenüber dem riesigen kommunistischen Land vorherrschte. In grösseren Städten der Schweiz entstanden lokale Ableger der Gesellschaft Schweiz-Sowjetunion. Für die Ortsgruppe Basel ist belegt, dass es monatlich mindestens eine Filmvorführung gab. Gezeigt wurden (oft im Unionssaal des Volkshauses) Spielfilme, Literaturverfilmungen, Dokumentarfilme über technische Meis-

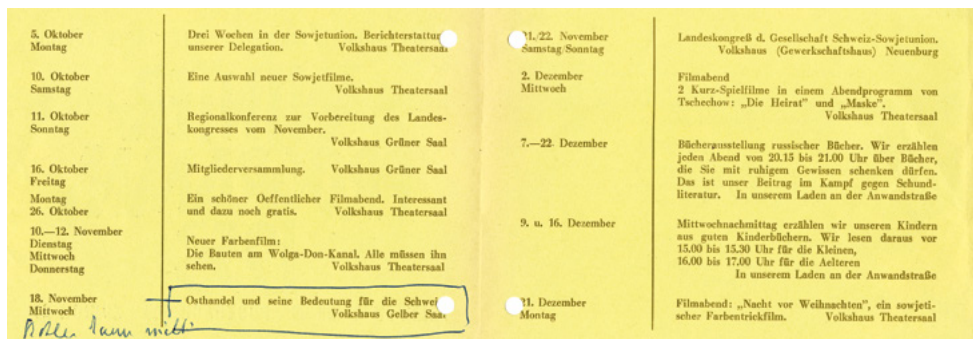
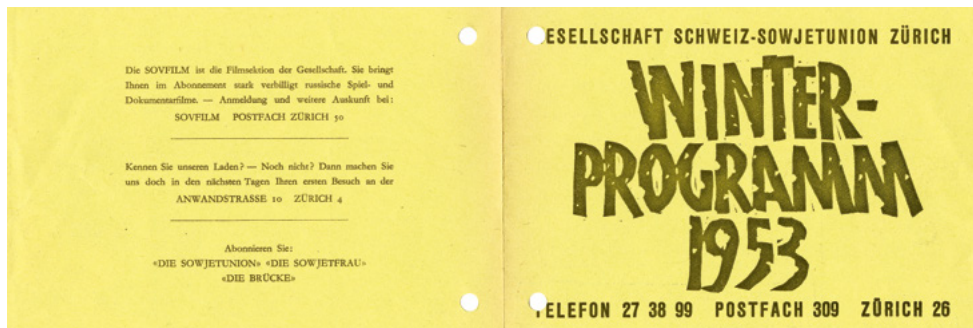
terleistungen oder Landschaftsporträts (SozArch Ar 23.10.6).

Doch zurück zur Bestandesbearbeitung im Sozialarchiv: Nach der Visionierung sollte eine gründliche Recherche in verschiedenen Datenbanken Klarheit darüber bringen, ob die Filme allenfalls schon anderswo in einer Gedächtnisinstitution aufbewahrt werden und vielleicht sogar schon digital zugänglich sind. Weil die Digitalisierung ziemlich kostspielig ist, lohnt sich dieser Schritt unbedingt. Hierfür durchsuchten die beiden Projektmitarbeiter die Datenbanken internationaler Filmportale und nationaler Kinematheken. Das Resultat war einigermaßen erstaunlich: Obwohl es sich bei fast allen Filmen um industriell gefertigte Massenware handelt, haben die wenigsten im Internet irgendwelche Spuren hinterlassen. Natürlich heisst das noch lange nicht, dass nicht irgendwo auf der Welt noch weitere Kopien vorhanden sind. Im Zweifelsfall aber bedeutet für uns der fehlende Online-Nachweis das Gut zur Digitalisierung.

Eine Ausnahme stellen die Produktionen der DEFA dar, der ehemaligen staatlichen Filmproduktion der DDR. Eine Kontaktaufnahme mit der DEFA-Stiftung, die 1999 zur Rettung des Filmschaffens der DDR gegründet wurde und sich seither vorbildlich um den Nachlass kümmert, ergab nämlich, dass die Sammlung Moser tatsächlich DEFA-Filme enthielt, die im Stiftungsarchiv noch nicht vorhanden waren. Im Sinne der Vollständigkeit des DEFA-Archivs wurden deshalb 28 Rollen ins Deutsche Bundesarchiv transferiert, wo die Stiftung die Originale aufbewahrt. Die verbleibenden 60 Filme im Umfang von 90 Filmrollen wurden von Frühling bis Herbst 2022 vom Lichtspiel in Bern digitalisiert.

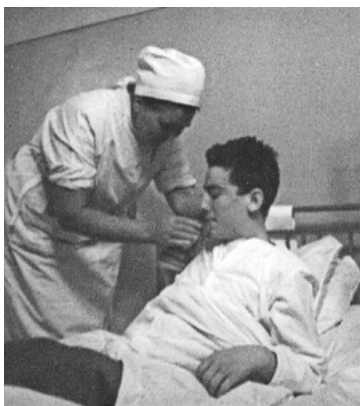
In den letzten Monaten entstanden nun anhand der digitalen Dateien die ausführlichen Beschreibungen. Sie bestehen aus einem Abstract und einer detaillierten Inhaltsbeschreibung, die an Timecodes gebunden ist. Vor allem Letzteres ist enorm zeitaufwändig, bringt allerdings für die Recherche immense Vorteile: Dank der Volltextsuche findet man in kurzer Zeit den gewünschten Filmausschnitt, ohne den ganzen Film anschauen zu müssen.

Der Grossteil der Filme stammt aus den 1950er- bis 1970er-Jahren. In Moskau, Leningrad, Minsk und Kiew betrieb die sowjetische Filmindustrie grosse Produktionsstätten für Dokumentar- und Spielfilme. Deren Output war einerseits für den heimischen Markt gedacht, gelangte aber vielfältig synchronisiert auch in den Westen und wurde dort über die sowjetischen Botschaften in die Programme der Freundschaftsgesellschaften eingespeist. Inhaltlich sind die Filme darauf getrimmt, ein möglichst positives Bild der Sowjetunion zu vermitteln. Die Leistungen auf wirtschaftlichem, technischem, sportlichem und sozialem Gebiet werden in professionell gemachten, meist kurzen Filmen hervorgehoben. Der Film «Für den Menschen» von 1966 schildert zum Beispiel die Errungen-schaften des sowjetischen Gesundheitswesens anhand des Schicksals eines Schlossers in Kiew: Bei einer Vorsorgeuntersuchung in seinem Maschinenbauwerk klagt er über Schmerzen im Oberbauch. Zur Abklärung wird er in die Klinik «Oktoberrevolution» eingewiesen, «eine von 266 medizinischen Einrichtungen in Kiew». Bei den umfassenden Untersuchungen werden ein eindrücklicher Maschinenpark, moderne Labore und eine umfassende Krankenpflege ins rechte Licht gerückt. Danach steht die



Im Veranstaltungsprogramm der Gesellschaft Schweiz-Sowjetunion spielen Filmvorführungen eine herausragende Rolle. (SozArch Ar 23.10.6)

Diagnose fest: Der Schlosser leidet an einer Gallenblasenentzündung und wird vom leitenden Professor persönlich operiert, «einem einfachen und freundlichen Mann». Nach der Operation unterhält sich das Ärztekonsilium über die weiteren Behandlungsschritte und entlässt den Schlosser wieder an seinen Arbeitsplatz. Der Kommentar weist darauf hin, dass die ganze Behandlung kostenlos war und der Schlosser wie alle anderen kranken Arbeiter:innen während des gesamten Spitalaufenthalts 90% seines Lohns erhielt.



Liebevoll und rundum versorgt: Das sowjetische Gesundheitswesen präsentiert sich im Film «Für den Menschen» von seiner besten Seite. (Filmstill/SozArch F 9093-023)

Andere Filme sind Propaganda in Reinkultur. Im Oktober 1973 gelang es der Sowjetunion, in Moskau einen «Weltkongress der Friedenskräfte» auszurichten. Vertreter:innen von über 1'000 Organisationen weltweit folgten der Einladung. Die rund halbstündige filmische Dokumentation beginnt mit einer pathetischen Ansprache an den Planeten Erde, der vielerorts (Nahe Osten, Kambodscha, Südafrika...) in kriegerische Ereignisse verstrickt sei. Das

propagandistische Machwerk gipfelt in der Rede Leonid Breschnews – ihm wurde während des Kongresses der «Internationale Leninpreis für die Festigung des Völkerfriedens» verliehen. Geschickt inszeniert der Film die diverse, internationale Beteiligung am Kongress. Vertreterinnen kenianischer Frauengruppen kommen ebenso zu Wort wie der damalige UNO-Generalsekretär Kurt Waldheim. Einen emotionalen Höhepunkt bietet der Auftritt der Witwe des kurz vor Kongressbeginn gestürzten und verstorbenen chilenischen Präsidenten Salvador Allende. Sie berichtet über das Schicksal Chiles nach dem faschistischen Umsturz.



Die Sowjetunion organisiert 1973 einen «Weltkongress der Friedenskräfte» und inszeniert sich als Garantin des Weltfriedens. (Filmstill/SozArch F 9093-048)

Der gesamte Filmbestand ist ab sofort online verfügbar: [https://www.bildvideo-ton.ch/bestand/signatur/F\\_9093](https://www.bildvideo-ton.ch/bestand/signatur/F_9093).

Stefan Länzlinger

## Erschlossene Neuzugänge in der Abteilung Archiv

Bestand	Stichworte zum Inhalt	Umfang	Signatur
CHB Uzwil	Protokollbücher 1930–2000, Kassabuch Arbeitslosenkasse 1935–1939	0,2 m	Ar 201.326
Gruppe für eine Schweiz ohne Armee GSoA, Regionalgruppe Bern	Protokolle, Korrespondenz, diverse Drucksachen	0,2 m	Ar 201.330
Parti ouvrier et populaire Fribourg Pop-Pdt/Partei der Arbeit Freiburg PdA	Korrespondenz, Flugblätter, Sitzungsprotokolle, Unterlagen von Trainingskursen zu politisch-ideologischen Themen	0,2 m	Ar 201.331
Renschler, Regula	Korrespondenz, Texte, Unterlagen zu Radiosendungen	1,8 m	Ar 1049
Schweizerische Gesellschaft für ein soziales Gesundheitswesen (SGSG)	Akten des Zentralvorstandes, Korrespondenz, Akten von verschiedenen Arbeitsgruppen und Tagungen, Sektionsakten	1 m	Ar 718
Syna Reg. Sekretariat Zürich	Primär Protokollbücher und Kassabücher der Vorgängergewerkschaften. Enthält u. a. Akten der CTHL-Gärtner-Sektion «Enzian»	1 m	Ar 720
Tobler, Hermann, Nachlieferung	Diverse Kleinstdossiers, teilweise in bestehende Signaturen integriert	0,03 m	Ar 149
Vereinigung der Freundinnen und Freunde der Neuen Wege, weitere Nachlieferung	1 Dossier, darin Vorstandsakten 2000–2020	0,01 m	Ar 201.322

# Vor 75 Jahren: Die Streikwelle nach dem Zweiten Weltkrieg

Zwei Daten tauchen in der Erinnerungskultur zur Geschichte der industriellen Beziehungen und Arbeitskonflikte der Schweiz immer wieder auf und sind bei runden Jahrestagen jeweils Gegenstand umfangreicher Gedenkaktivitäten: Das Jahr 1918 mit dem Landesstreik als grösster innerer Krise des Bundesstaats, Höhepunkt einer umfangreichen Streik- und Protestwelle und helvetischer Ausläufer der globalen Umbrüche um das Ende des Ersten Weltkriegs herum und das Jahr 1937 mit dem Ab-

schluss des «Friedensabkommens» in der Maschinen- und Metallindustrie, das häufig als Geburtsurkunde des schweizerischen Arbeitsfriedens betrachtet wird und bereits an der Landi 1939 auf der «Höhenstrasse» an prominentem Ort ausgestellt wurde (s. SozialarchivInfo 2/2017 und 4/2018). Wenig im kollektiven Gedächtnis verankert ist dagegen eine Serie von Ereignissen, die die Chronologie vom konfliktiven, die Klassenkampfphase der Jahrhundertwende zum Höhepunkt



Streik der Kartonager:innen von Tenero 1945 (Foto: Urheber:in unbekannt/SozArch F 5116-Fe-006)

bringenden «1918» zum kooperativen, den Arbeitsfrieden einläutenden «1937» in Frage stellt, mit den Geschehnissen beider Jahreszahlen aber vielfältig verknüpft war: die letzte grosse Streikwelle der Schweizer Wirtschaftsgeschichte zu Ende des Zweiten Weltkriegs.

## Ein zweites «1918»?

In den Jahren 1945 bis 1949 gab es in der Schweiz 159 Streiks mit insgesamt 426'400 Beteiligten. Hauptforderungen bei den meisten Streiks waren der Ausgleich der kriegsbedingten Teuerung, der Abschluss von Gesamtarbeitsverträgen (GAV) sowie die (oft erstmalige) Ausrichtung bezahlter Ferientage. Die Streikwelle um das Ende des Zweiten Weltkriegs blieb nach Anzahl der Streiks hinter derjenigen am Ende des Ersten Weltkriegs zurück, nicht aber nach Anzahl der Beteiligten. Von 1917 bis 1920 hatte es 830 Streiks mit 81'000 Beteiligten gegeben. Hinzu waren sechs lokale und drei überregionale Generalstreiks gekommen, darunter der dreitägige Landesstreik im November 1918 mit einer Viertel-million Beteiligten.

Neben den offensichtlichen Parallelen der beiden Kriegsendestreikwellen zeigen sich auch deutliche Unterschiede: Die Streiks zu Ende des Zweiten Weltkriegs beschränkten sich weitestgehend auf die Arbeiter:innenschaft und verliefen im klassischen Rahmen konfliktiver industrieller Beziehungen. Ihre Vorläuferin ein Vierteljahrhundert zuvor war dagegen vielschichtiger gewesen: Parallel zu den klassischen Arbeiter:innenstreiks gab es Hungerproteste, die sich angesichts der Versorgungskrise in den Bereichen Lebensmittel, Energie, Kleidung und Wohnraum und der dadurch hervorgerufenen Teuerung nicht wie die Streiks nur an die Arbeitgeber, sondern hauptsächlich an die Behörden

richteten. Auch weitete sich der Kreis der Protestierenden teilweise aus auf die Angestellten – spektakulär im Zürcher Bankangestelltenstreik vom September 1918, aber auch durch die Gründung der Vereinigung schweizerischer Angestelltenverbände (VSA) im Juli desselben Jahres und deren Eingaben an den Bundesrat mit Forderungen zur Verbesserung der Nahrungsmittelversorgung und der Angestelltenlöhne sowie deren Verhandlungen über einen ersten landesweiten Angestellten-GAV, der Ende 1918 abgeschlossen wurde. Und schliesslich fehlte am Ende des Zweiten Weltkriegs auch das Element von branchenübergreifenden und mit politischen Forderungen verbundenen Generalstreiks auf lokaler und nationaler Ebene völlig.

Diese Unterschiede hingen sowohl mit der verschiedenen gravierenden Verschlechterung der materiellen Lage als auch mit Lehren aus den Ereignissen um 1918 zusammen. Von 1914 bis 1917 waren die Reallöhne durchschnittlich um rund 28% zurückgegangen, von 1939 bis 1944 betragen die Reallohnverluste im Schnitt «lediglich» rund 6%. Die absoluten Zahlen machen den Unterschied der materiellen Lage am Ende der beiden Weltkriege noch deutlicher: Bei Kriegsausbruch 1939 waren die Reallöhne doppelt so hoch gewesen wie 1917, im Jahr 1944 lagen sie trotz der Verluste infolge Kriegsinflation immer noch etwa 89% über denjenigen von 1917. Die Reallohnentwicklung gibt aber die Veränderung der materiellen Situation noch nicht vollständig wieder. Während des Ersten Weltkriegs waren die Wehrmänner während des Aktivdienstes lediglich mit dem Sold entschädigt worden. Dadurch wurden die Arbeiter:innenfamilien stärker von weiblichen Einkommen abhängig, die durchschnittlich wenig mehr als die Hälfte der Männerlöhne betragen. Viele

Familien fielen deshalb unter die Armutsgrenze. Notstandsunterstützungen, von denen 1918 ein Sechstel der Bevölkerung abhängig war, wurden, wenn überhaupt, erst nach entwürdigenden behördlichen Prozeduren ausgerichtet. 1939 führte der Bundesrat dagegen kurz nach der Generalmobilmachung die Lohnersatz-Ordnung als Sozialversicherung ein, die während des Aktivdienstes eine Verarmung der Wehrmännerfamilien verhindern sollte.

Auch im Bereich der Grundversorgung mit Lebensmitteln lernten die Behörden aus dem Ersten Weltkrieg: Die Rationierung einiger Nahrungsmittel hatte damals erst im Frühjahr 1917 begonnen und wurde dann nach grossen überregionalen Teuerungsdemonstrationen während der Arbeitszeit am 30. August im Herbst 1917 und der ersten Jahreshälfte 1918 auf Brot, Mehl, Butter, Fett, Öl, Käse und Milch ausgeweitet. Beim Ausbruch des Zweiten Weltkriegs bestanden dagegen umfangreiche kriegswirtschaftliche Vorbereitungen und bereits nach zwei Monaten setzten erste Rationierungen ein, die im Verlauf des Krieges flexibel an die Versorgungslage angepasst wurden. In der Wohnpolitik zeigten sich die Bundesbehörden ebenfalls agiler als während des Ersten Weltkriegs. Damals war die Wohnbautätigkeit fast vollständig zum Erliegen gekommen, was grosse Wohnungsnot, stark ansteigende Mieten und die Unterbringung ganzer Familien in Einzelzimmern oder Baracken nach sich zog. Der Bund handelte aber erst nach dem Landesstreik und sprach im März 1919 12 Millionen Franken für Arbeitsbeschaffungs- und Wohnbauförderungsmaßnahmen, die dann bis 1922 mehrfach aufgestockt wurden. Auch im Zweiten Weltkrieg und den Jahren unmittelbar danach war die Wohnungsnot wieder ein Thema, neben Gemeinden und Kantonen unternahm der Bund jedoch bereits ab 1942 wieder Anstrengun-

gen zur Steigerung der Wohnbautätigkeit (s. SozialarchivInfo 1/2023).

Im Bereich der industriellen Beziehungen hatte sich die Situation ebenfalls verändert. Der Schock des Landesstreiks hatte zu breiten Diskussionen über eine Neugestaltung der Arbeitsbeziehungen geführt, die sich in den 1930er-Jahren angesichts der Weltwirtschaftskrise fortsetzten. Dabei wurden so unterschiedliche Konzepte wie die «Wirtschaftsdemokratie», die «berufständische Ordnung» oder die «Betriebsgemeinschaft» in die Debatte eingebracht (s. SozialarchivInfo 5/2020). Vor allem aber lief der Trend zunehmend Richtung vertragliche Regelungen der Arbeitsbeziehungen. Bereits 1911 hatten GAV im Obligationenrecht eine gesetzliche Grundlage erhalten. In den Jahren 1917 bis 1920 kam es parallel zur Streik- und Protestwelle auch zu einer Welle von Vertragsabschlüssen, die sich jedoch stark auf das Gewerbe konzentrierten. Hingegen scheiterte das «Bundesgesetz betreffend Ordnung des Arbeitsverhältnisses», das die Möglichkeit der Allgemeinverbindlichkeitserklärung von GAV vorgesehen hätte, 1920 knapp an der Urne. Die erste amtliche Zählung im Jahr 1929 im Vorfeld der Weltwirtschaftskrise ergab 303 GAV mit etwa 65'000 Arbeiter:innen. Neun Jahre darauf waren es bereits 417 GAV.

Kein GAV war dagegen das 1937 abgeschlossene «Friedensabkommen» der Maschinen- und Metallindustrie, das für zunächst zwei Jahre sämtliche Kampfmaßnahmen (wie Streiks und Aussperungen) verbot und dann im Vierjahresrhythmus erneuert und erst allmählich mit Regelungen zu Löhnen, Arbeitszeiten und weiteren materiellen Bestimmungen angereichert wurde. Im Jahr darauf erfolgte der Abschluss des ersten «Landes-

mantelvertrags» im Bauhauptgewerbe, der im Gegensatz zum «Friedensabkommen» keinen absoluten Streikverzicht enthielt, aber Regelungen zu Löhnen und Arbeitszeiten – dies insbesondere, weil das Baugewerbe nicht vom Fabrikgesetz mit seinen Bestimmungen zu den Arbeitsverhältnissen erfasst war. Ebenfalls 1938 kam im kaufmännischen Bereich erstmals seit 1921 wieder ein vertragliches Verhältnis zwischen der VSA, dem Kaufmännischen Verband und den Arbeitgebern zustande. Dieses «Richtlinienabkommen» hatte nicht die Qualität eines GAV, ermöglichte aber während des Zweiten Weltkriegs regelmässige Verhandlungen über den Teuerungsausgleich. 1941 gab ein Bundesbeschluss der Regierung dann die Kompetenz, GAV für allgemeinverbindlich zu erklären.



Streik in der Feldmühle Rorschach 1946  
(Foto: Urheber:in unbekannt/SozArch  
F 5039-Fb-315)

Zugleich wurden die staatlichen Schlichtungsmechanismen ausgebaut. Bereits um die Jahrhundertwende hatten verschiedene Kantone und Städte sogenannte «Einigungsämter» gegründet. 1918 wurden die Kantone durch eine Revision des Fabrikgesetzes zur Einrichtung solcher Ämter verpflichtet, und der Bundesrat erhielt die Kompetenz, bei überlokalen Konflikten eine interkantonale Einigungsstelle einzusetzen. 1936 ermächtigte der Bundesrat das Volkswirtschaftsdepartement zur Zwangsschlichtung. Dasselbe Departement erhielt im Frühjahr 1942 gestützt auf die Kriegsvollmachten die Kompetenz zur Einsetzung einer eidgenössischen Schlichtungsstelle auch für Kollektivkonflikte, die nicht Fabrikbetriebe betrafen. Dieses Notrecht wurde 1949 durch das «Bundesgesetz über die eidgenössische Einigungsstelle zur Beilegung kollektiver Arbeitsstreitigkeiten» abgelöst.

Ebenso zeigten sich die Behörden zurückhaltender als ein Vierteljahrhundert zuvor beim Aufgebot von Ordnungstruppen bei Arbeitskämpfen. Zwischen 1880 und 1914 war bei Streiks 38 mal Militär aufgeboden oder auf Pikett gestellt worden, wobei die Einsätze in 22 Fällen über blosser Bewachungsaufgaben hinausreichten. In der Streik- und Protestwelle um das Ende des Ersten Weltkriegs gab es Ordnungstruppeneinsätze etwa 1917 in Chippis, La Chaux-de-Fonds, Zürich, Lugano und bei den überregionalen Demonstrationstreiks vom 30. August, 1918 in Zürich, Lugano, Basel, Biel, mehrfach bei Arbeitsverweigerungen internierter ausländischer Deserteure und Refraktäre sowie landesweit vor und während des Landesstreiks und 1919 bei den Generalstreiks in Basel und Zürich. Die präventiven Ordnungstruppenaufgebote Anfang



November 1918 waren dabei der unmittelbare Auslöser des Landesstreiks gewesen. Bei diesen Einsätzen gab es mehrfach Tote: 1917 in Zürich (4), 1918 in Biel (1), Zürich (1) und Grenchen (3), 1919 in Basel (5) und Zürich (1). Nach der Katastrophe der «fusillade» von Genf von 1932 mit 13 Toten beim Militäreinsatz anlässlich einer antifaschistischen Demonstration (s. SozialarchivInfo 2/2022) nahm die Zahl der Ordnungstruppeneinsätze massiv ab. Die beiden Einsätze während des Zweiten Weltkriegs bei Unruhen in Steinen im Kanton Schwyz 1942 und in Locarno 1945 standen in keinem Zusammenhang mit Arbeitskämpfen. Lediglich 1942 wurden bei einem Arbeitskonflikt in Chippis Truppen auf Pikett gestellt. Im Frühling 1946 gab es dann sowohl im Militärdepartement als auch bei den kantonalen Behörden Vorbereitungen für einen Truppeneinsatz bei befürchteten Streikunruhen in Zürich. In der gesamten Streikwelle am Ende des Zweiten Weltkriegs gelangten aber keine Ordnungstruppen zum Einsatz.

Ende 1943 gab es seitens der Bundespolitik zwei weitere Signale, es nicht zu einem neuen «1918» kommen lassen zu wollen. Bei den Nationalratswahlen im Oktober hatte die SP elf Sitze gewonnen und war klar zur stärksten Partei geworden. Daraufhin besann sich die Vereinigte Bundesversammlung des bereits in der Landesstreikdebatte 1918 von Bundespräsident Felix Calonder gemachten Versprechens eines Einbezugs der Sozialdemokraten in die Regierungsverantwortung und wählte im Dezember den Zürcher Stadtpräsidenten Ernst Nobs (der 1919 wegen seiner Rolle im Landesstreik für vier Wochen im Gefängnis gesessen hatte) zum ersten SP-Bundesrat. Von einer proportionalen Zusammensetzung des Bundesrates entsprechend der Wahlergebnisse war man

damit noch weit entfernt: Mit einem Wähleranteil von 28,6% hatte die SP nun einen Bundesrat, die FDP, die erstmals seit 1848 die absolute Mehrheit in der Landesregierung verlor, mit einem Wähleranteil von 22,5% aber deren drei. Immerhin waren nun indessen alle bedeutenden politischen Kräfte in die Regierungsverantwortung eingebunden.

Zwei Wochen darauf gab Bundespräsident Walther Stampfli in seiner Neujahrsansprache das Versprechen ab, dass bis 1948 eine AHV eingeführt werde. Damit sollte eine zentrale Landesstreikforderung, die seit 1925 auch als Auftrag in der Bundesverfassung stand, endlich umgesetzt werden. Als Modell für das zukünftige Flaggschiff des schweizerischen Sozialstaats diente dabei die 1939 eingeführte Lohnersatz-Ordnung (s. SozialarchivInfo 3/2017). All dies schwächte bei Kriegsende die potenzielle Protestdynamik ab und fokussierte sie auf den engeren Bereich der industriellen Beziehungen.

### **Chemie: Der erste GAV einer Exportindustrie**

In der Basler Chemieindustrie setzten Lohnbewegungen und Arbeitskonflikte bereits in der zweiten Kriegshälfte ein. Ab 1942 gab es unter dem Einfluss des neu gegründeten, kommunistisch dominierten Industriearbeiter-Verbandes Basel Lohnbewegungen und im November 1943 einen Streik in den Fluorwerken Pratteln. Daraufhin schlugen die Basler «Chemischen» den Gewerkschaften ein Friedensabkommen nach dem Vorbild der Maschinen- und Metallindustrie vor. Der in der chemischen Industrie schwach vertretene Schweizerische Metall- und Uhrenarbeiterverband (SMUV) und der Landesverband Freier Schweizer Arbeitnehmer (LFSA), die beide Vertragspartner



Demonstration in Zofingen während des Chemiarbeiter:innenstreiks 1946 (Foto: Urheber:in unbekannt/SozArch F 5031-Fb-0903)

des Friedensvertrags der Maschinen- und Metallindustrie waren, begrüßten diese Idee. Hingegen forderten der Industriearbeiter-Verband und die christlichsozialen Gewerkschaften einen GAV mit materiellen Regelungen und konnten damit an den Belegschaftsversammlungen grosse Mehrheiten hinter sich scharen. Im Juni 1944 kam es in der Säurefabrik Schweizerhalle zu einem weiteren Streik. Kurz darauf wurden für die Säurefabrik, Geigy Schweizerhalle und die Fluorwerke erste Kollektivverträge abgeschlossen und begannen Verhandlungen für einen GAV der Basler Chemie. Dieser trat am 1. Januar 1945 in Kraft und war der erste GAV einer stark auf den Export ausgerichteten Industriebranche.

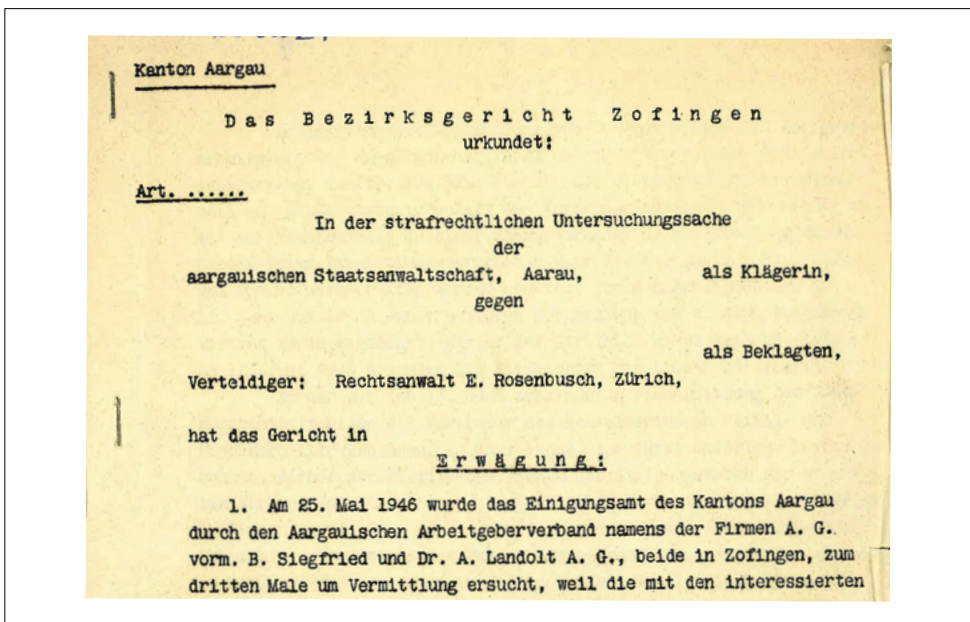
Im Juni 1946 kam es, nachdem Verhandlungen von fast einem Jahr keine Einigung erzielt hatten, auch zu einem Streik von rund 300 Beschäftigten in den beiden Chemiefabriken Siegfried und Landolt in Zofingen. Dabei forderten die Streikenden den Ausgleich der seit mehreren Jahren aufgelaufenen Teuerung sowie Minimalstandards bei Löhnen, Ferien und Feiertagsentschädigungen. Unterstüt-

zung erhielten sie vom Schweizerischen Textil- und Fabrikarbeiterverband (STFV), dessen Mitgliederzahl sich am Ende des Krieges beinahe verdoppelte. In Zofingen hatte der STFV seit der frühen Zwischenkriegszeit jeweils 100 bis 200 Mitglieder gezählt, 1945 sprang diese Zahl aber auf 700 und im folgenden Jahr gar auf 1'400. Der Streik, bei dem es verschiedentlich zu Auseinandersetzungen zwischen Streikposten und Streikbrechern kam, wurde in der Presse schweizweit beachtet. Am 23. Juni fand in Zofingen eine Kundgebung mit mehreren Tausend Teilnehmer:innen statt. Der Ausstand endete nach 16 Tagen mit einem vollständigen Erfolg für die Streikenden und dem Abschluss eines Kollektivvertrags.

Allerdings hatte der Zofinger Streik noch ein umfangreiches gerichtliches Nachspiel. Da die Streikenden in der Frühphase des Konflikts eine Aufforderung des Einigungsamtes missachtet hatten, bis zur Vorlage eines Kompromissvorschlages auf die Arbeitsniederlegung zu verzichten, leitete die Staatsanwaltschaft ein Verfahren ein. Ende 1946 lehnte der Aargauer Grosse Rat eine Einstellung des Verfahrens via «Abolition» ab. Daraufhin kam es zu zwei grossen Prozessen mit jeweils rund 300 Angeklagten. Im Januar 1947 verurteilte das Bezirksgericht Zofingen die meisten angeklagten Chemiarbeiter:innen wegen Ungehorsams gegen eine amtliche Verfügung zu Geldbussen von 10 bis 20 Franken. In der Revision sprach dann aber im April gleichen Jahres das Obergericht sämtliche Angeklagten frei und überbürdete die Kosten beider «Monsterprozesse» dem Kanton Aargau.

Knapp zwei Jahre nach dem Streik in der Zofinger Chemie fand im Kanton Aargau erneut ein aufsehenerregender Arbeits-





«Monsterprozess» vor dem Bezirksgericht Zofingen 1947 (SozArch 331/256a-Z4)



Chemiearbeiterin vor dem Aargauer Obergericht 1947 (Foto: Urheber:in unbekannt/ SozArch F 5031-Fb-0906)

kampf statt. Am 18. März 1948 legten 200 Arbeiter:innen der Sprengstoff-Fabrik Dottikon die Arbeit nieder und streikten über drei Monate mit Unterstützung des Aargauer Gewerkschaftskartells. Am 7. Mai fanden Solidaritätskundgebungen in Aarau, Baden, Brugg, Reinach und Rheinfelden mit insgesamt 8'000 Teilnehmer:innen statt. Der Streik endete schliesslich erfolglos, da die Direktion auf viele Streikbrecher zurückgreifen konnte.

### Raues Klima auf dem Bau

Das Baugewerbe war von der Streikwelle besonders stark betroffen. Die Bauarbeiter hatten während des Krieges erhebliche Reallohnverluste hinnehmen müssen und waren nun in einer Phase des Baubooms – von 1942 bis 1946 sprang das Investitionsvolumen der jährlichen Bauvorhaben von 468 auf 1'089 Millionen Franken – und des Arbeitskräftemangels in einer starken Position. Bereits im Mai 1943 hatte der Schweizerische Bau- und Holzarbeiterverband (SBHV) angesichts der starken Teuerung die Lohnbestimmungen des Landesvertrags gekündigt. Nach verschiedenen regionalen Streikdrohungen willigten die Arbeitgeber in Lohn erhöhungen ein. Im Frühjahr 1944 kündigten der SBHV, der Verband evangelischer Arbeiternehmer (SVEA) und der LFSA die Lohnbestimmungen des Landesvertrags erneut, während der Christliche Holz- und Bauarbeiterverband (CHB) daran festhielt. In der Folge gab es an verschiedenen Orten Protestkundgebungen und es wurden Streikvorbereitungen getroffen. Nach bundesrätlicher Vermittlung und einem gewerkschaftlichen Ultimatum kam es zu einer neuen Übereinkunft, die erstmals auch Ferien für Maurer und Bauhandwerker vorsah. Im Frühjahr 1945 kündigte der Bau- und Holzarbeiterverband den im Vorjahr abgeschlossenen Vertrag und

forderte den vollen Teuerungsausgleich. Ende April willigten die Arbeitgeber in eine Lohnerhöhung ein. Gleichwohl kam es im ersten Nachkriegsjahr zu kleineren Streiks in Fribourg, Solothurn, Stein am Rhein, Schaffhausen, Zürich und Lausanne. Von den insgesamt acht Streiks im Baugewerbe mit 562 Beteiligten waren 43 Betriebe betroffen.

1946 nahmen die Streiks im Baugewerbe massiv zu und erreichten eine neue Intensität. Im Frühjahr kündigten die Gewerkschaften den Landesvertrag erneut und forderten auch eine Verkürzung der Arbeitszeit. Im April und Mai fanden in der ganzen Schweiz Protestversammlungen statt, bei denen der SBHV, der CHB, der im Vorjahr nach einem Konflikt aus dem Christlichnationalen Gewerkschaftsbund ausgetreten war, sowie SVEA und LFSA zusammenwirkten. Auch kam es an verschiedenen Orten und in verschiedenen Segmenten der Baubranche zu Arbeitsniederlegungen, die der Kontrolle der Gewerkschaften teilweise entglitten. So streikten die Plattenleger, Bauanschläger und Schreiner in Zürich, die Plattenleger in Winterthur, die Gipser und Maler in Bern, die Holzarbeiter in Vevey und Montreux sowie mehrere Berufsgrup-



Kundgebung der streikenden Zürcher Plattenleger 1946 (Foto: Hermann Freytag/SozArch F Fb-0028-049)

pen im Jura. Im Februar wurde in Zürich statutenwidrig ein Gipserstreik ausgelöst. Erst nach langwierigen Verhandlungen erfolgte Mitte Mai der Abschluss eines neuen Landesvertrags, der eine Erhöhung der Stundenlöhne festsetzte.

Besonders heftig waren im Frühjahr 1946 die Bauarbeiterproteste in der Romandie. In Genf und Lausanne wurden Bauarbeiterversammlungen Ausgangspunkt von Demonstrationen mit mehreren Tausend Teilnehmern, bei denen an Knotenpunkten der Verkehr für jeweils etwa eine Viertelstunde lahmgelegt wurde. In Genf kam es in der Folge auch zu Streiks und Ausschreitungen. Zu Ostern erfolgte ohne Bewilligung der Gewerkschaftszentrale die Arbeitsniederlegung. Bei der Mont-Blanc-Brücke wurden Karren, Bretter, Werkzeuge und eine Baumaschine in der Rhone versenkt. Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss blieben am 24. April ergebnislos. Hauptforderung war die Gewährung bezahlter Feiertage, wofür die Bauarbeiter bereits zu Weihnachten 1945 demonstriert hatten und die Unterstützung breiter Kreise der Öffentlichkeit sowie des Konsistoriums der calvinistischen Kirche genossen.

Am 26. April 1946 leitete der Genfer Staatsrat im Stadthaus Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften. Zeitgleich fand auf der Place Cornavin eine Bauarbeiterversammlung statt, nach der sich ein spontaner Demonstrationzug von etwa 10'000 Personen zum Stadthaus formierte. Dort verbreitete sich das Gerücht, die Arbeitgeber zeigten sich bei den Gesprächen hartnäckig. Daraufhin drangen etwa 500 Manifestanten ins Stadthaus ein, wo die Gewerkschaftsvertreter sie vergeblich zu beruhigen versuchten. Die Arbeitgeberdelegation ergriff die Flucht. Drei

Personen stürmten das Büro der Steuerverwaltung und warfen Akten aus den Fenstern. Auch wurden verschiedene Fensterscheiben eingeschlagen. Anschliessend entbrannte vor dem Stadthaus eine Strassenschlacht, bei der mehrere Gendarmen verletzt und einige Autos umgeworfen wurden. Einige Manifestanten warfen von Baugerüsten aus mit Ziegeln und Pflastersteinen nach der Polizei. Auch wurde die Hauswartwohnung geplündert. Hingegen schreckten die Demonstranten vor schwererer physischer Gewalt offenbar zurück. Als sie des Sekretärs des Unternehmerverbandes habhaft wurden, begnügten sie sich mit Anrempelungen. Zur Verhinderung grösserer Schäden an Leib und Leben der Beteiligten trug auch bei, dass die Polizei als Ergebnis eines Lernprozesses aus verschiedenen Vorfällen der vorangegangenen Jahrzehnte erstmals bei solchen Streikunruhen Tränengas einsetzte und dafür auf den Schusswaffengebrauch verzichtete. Schliesslich führten die Verhandlungen zu einer Übereinkunft, in der die Arbeitgeber erstmals sechs bezahlte Feiertage akzeptierten.

Im Frühjahr 1947 forderte der SBHV erneut Vertragsverbesserungen und kündigte den Rahmenvertrag auf den 14. Mai. Gleichzeitig fanden verschiedene kleinere Streiks statt. Vom 2. bis 20. Januar streikten die Plattenleger in Basel. Anfang April begannen in Locarno und Lugano Malerstreiks, die sich bis in den Sommer hinstreckten. Im April streikten in Basel die Gipser und erneut die Plattenleger. Vom 8. bis 14. April traten die Zürcher Steinholzleger in den Ausstand, vom 8. bis 21. April die Gipser und Maler in Biel und Umgebung und vom 14. April bis 22. Mai die Gipser und Maler in Bern. Vom 16. April bis 2. Mai streikten auch die Maler im Kanton Luzern. Anlässlich der ersten Verhandlungen auf na-



Bauarbeiterdemonstration auf dem Zürcher Münsterhof während der Vertragsbewegungen 1946/47 (Foto: B. E. Lindroos Pressephoto/ SozArch F 5047-Fb-234)

tionaler Ebene Ende März 1947 lehnten die Baumeister die Gewerkschaftsforderungen kategorisch ab. Auch in den Gesprächen der folgenden Wochen blieben die Fronten verhärtet.

Im April und Mai 1947 rüsteten beide Seiten für einen grossen Arbeitskampf. Der Zentralverband Schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen beschloss auf Antrag des Baumeisterverbandes, auf einen eventuellen überregionalen Bauarbeiterstreik mit einer landesweiten Generalaussperrung der Bauarbeiter im Baugewerbe und darüber hinaus zu antworten. Im Mai fanden in der ganzen Schweiz Bauarbeiterversammlungen und -demonstrationen statt. Während diese in kleineren Ortschaften von einigen hundert Personen besucht wurden, waren es in Winterthur 4'000 bis 5'000 und in Zürich zwischen 12'000 und 15'000. In Basel organisierten SBHV und CHB am 21. Mai gemeinsam eine Demonstration. Während der Arbeitszeit zogen etwa 2'500 Bauarbeiter mit Tafeln und Transparenten durch die Stadt, an der Abschlusskundgebung beteiligten sich sogar etwa 5'000 Personen. In Lausanne fand ein spontaner Streik von 2'000 Bauarbeitern statt. In Bern kam es zu Teilstreiks auf

mehreren Bauplätzen. In Genf legten die Bauarbeiter Ende Mai 1947 für eine Stunde die Arbeit nieder und es zirkulierten Handzettel, die zur Verlangsamung des Arbeitstempos bis zum Einlenken der Arbeitgeber aufforderten.

Vom 6. bis 17. Mai 1947 fanden im Auftrag des Bundesrates vor einer Eidgenössischen Schlichtungsstelle bestehend aus dem demokratischen Glarner Ständerat Melchior Hefti, dem sozialdemokratischen Zürcher Stadtpräsidenten Adolf Lüchinger und dem Genfer Oberrichter Charles Burde Verhandlungen statt, die ohne Ergebnis blieben. Auch bei neuerlichen direkten Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern Ende Mai konnte keine Übereinkunft erzielt werden. Vom 4. bis 6. Juni 1947 lud daraufhin eine bundesrätliche Vermittlungsdelegation, bestehend aus Bundespräsident Philipp Etter und den Bundesräten Walther Stampfli (Volkswirtschaftsdepartement) und Ernst Nobs (Finanzdepartement) ins Bundeshaus zu Vermittlungsgesprächen, an denen ausser den Delegationen der Streitparteien auch die Präsidenten des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes und des Schweizerischen Gewerbeverbandes sowie ein Vertreter des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit anwesend waren. Dabei schlug der Bundesrat ein Teilabkommen vor, das die strittigsten Punkte ausklammerte. Dieses Abkommen wurde von den Konfliktparteien angenommen und am 8. Juni von einer Landeskonferenz des SBHV gebilligt.

Damit war die Gefahr eines landesweiten Arbeitskampfes gebannt. Nicht zuletzt aufgrund der für den 6. Juli 1947 angesetzten Volksabstimmung über die Einführung der AHV waren Bundesrat und Konfliktparteien bemüht, eine weitere Eskalation zu vermeiden. Die Diskussion der noch



331  
256a Z2

P. 114

**SOLIDARITÄT**  
mit den streikenden Schappe-Arbeitern!

**40 Tage Streik in der Schappe-Industrie**

Frauen und Männer hungern und kämpfen für bessere Arbeitsbedingungen. 55 Rappen war der durchschnittliche Stundenlohn der Arbeiterinnen. Bis zu 3 Dienstjahren haben sie 2 „Ferienstage“.

Diese Textilarbeiterinnen aus Baselland, junge Mädchen, stehen Tag und Nacht in Ablösungen von 4 Stunden vor den geschlossenen Fabrik-Toren Posten.

**Sie fordern:** Lohnaufbesserung und höhere Teuerungszulagen.  
Abschaffung des Bédoux-Akkordsystems, das die Nerven der Arbeiterinnen ruiniert  
Ferien, die eine wirkliche Erholung garantieren.

**1,300,700 Fr. war der Reingewinn 1944**  
**1,200,000 Fr. die gesamte Lohnsumme für dieselbe Zeit**

**Freitag, den 13. Juli** findet in der „Eintracht“, Neumarkt 7 eine

**Solidaritätskundgebung**  
für die kämpfenden Textilarbeiter statt.

Es sprechen: Ein **Jugendgenosse** und ein **Vertreter** der Schappe-Arbeiter

Werktätige! Die Arbeiterbewegung steht und fällt mit der brüderlichen Solidarität aller Arbeiter. — Erscheint darum in Massen, denn der Sieg der Basler Schappe-Arbeiter wird zugleich ein Erfolg der Zürcher Arbeiter sein.

**Gruppe „Solidarität“  
SAJ - Zürich - Altstadt**

Jeder Arbeiter! Jeder, der sich für bessere Arbeitsbedingungen einsetzen will, zeichne seinen Solidaritätsbeitrag: Schweiz. Textilarbeiterverband Basel, Postcheckkto. V 9833 und schreibe auf die Rückseite: Schappe-Streik.

A. EHRHARDT

Solidaritätsaufruf der Zürcher Arbeiter-Jugend für den Schappestreik 1945 (SozArch 331/256a-Z3)

strittigen Punkte – vor allem der Arbeitszeitfrage – zog sich in der Folge hin. Erst 1950 konnte ein neuer Vertrag abgeschlossen werden. Zugleich rief die Spitze des SBHV mit Adresse an Kritiker in den eigenen Reihen die Zweckbestimmung des Streikens in Erinnerung: «Unser Verband führt Lohnbewegungen durch, um die Lohn- und Arbeits-

verhältnisse der Arbeiter zu verbessern, und nicht, um eine Streikgymnastik zu betreiben, die entsprechend gewissen Theorien revolutionär sein sollte, in der Regel aber nur «konfusionär» ist. Der Zweck unserer Kämpfe ist die Verbesserung der materiellen und geistigen Lage der Arbeiter und nicht der Streik. Dieser letztere ist immer das

äusserste Mittel, um das Ziel zu erreichen, aber nie das eigentliche Ziel selbst» (Bau- und Holzarbeiter-Zeitung, 24.7.1947).

**Textilarbeiterinnen, Lageristen, Gärtner: Unterprivilegierte wehren sich**

Auch in der Textilindustrie mit ihrem Übergewicht weiblicher Arbeitskräfte und traditionell schlechten Arbeitsbedingungen gab es um das Kriegsende zahlreiche Arbeitskonflikte. Für Aufsehen sorgte etwa der Streik in den Schappespinnereien von Arlesheim und Angenstein. Hier waren die Reallöhne seit Kriegsbeginn um 11% gesunken. Bereits im Frühjahr und Herbst 1944 gab es in diesen Spinnereien erfolgreiche Bewegungen des STFV für Lohnerhöhungen und einen Kollektivvertrag. Im April 1945 setzte die Gewerkschaft den Direktoren ein Ultimatum, aber auch ein anschliessen-



Auszahlung von Streikgeldern in Flurlingen 1946 (Foto: Urheber:in unbekannt/SozArch F 5039-Fb-321)



Solidarität mit den Streikenden von Flurlingen: Basler Färbereiarbeiter am 4. Juni 1946 (Foto: Urheber:in unbekannt/SozArch F 5039-Fb-137)



Solidarität mit den Streikenden von Flurlingen: Basler Textilarbeiterinnen am 4. Juni 1946 (Foto: Urheber:in unbekannt/SozArch F 5031-Fb-0211)

der Vermittlungsversuch des Arlesheimer Gemeinderats fruchtete nicht. Am 4. Juni traten die Belegschaften, rund 400 Arbeiter:innen, in den Ausstand und forderten Lohnerhöhungen, Kollektivverträge und die Anerkennung der Gewerkschaft STFV. Der Streik zog sich bis in den Juli hin, dann gewährten die Direktoren Lohnerhöhungen von fast 30%.

Im folgenden Jahr kam es in der Bindfadenfabrik Arova in Flurlingen zu einem ebenfalls weitherum beachteten Arbeitskampf. Bereits im Herbst 1945 hatte eine erste, erfolglose Lohnbewegung stattgefunden. Im November 1945 gab es einen einständigen Streik, nachdem die Betriebsleitung begonnen hatte, Grenzgängerinnen aus Deutschland zu Dumpinglöhnen anzustellen. Im Januar 1946 reichte der STFV nach Absprache mit dem Christlichen Textil- und Bekleidungsarbeiterbund (SVCTB) der Direktion einen Entwurf für einen Kollektivvertrag ein. Die Direktion reagierte darauf nicht und stellte weitere Grenzgängerinnen an. Im April fanden vor dem kantonalen Einigungsamt Verhandlungen statt und mündeten in eine Vereinbarung mit noch offenen Punkten. Gleichwohl engagierte die Direktion kurz darauf zusätzliche Grenzgängerinnen. Am 8. Mai trat die Mehrheit der 420-köpfigen Belegschaft in den Streik. Von den 360 Streikenden waren 226 beim STFV, 126 beim SVCTB und 8 beim SMUV organisiert. In den folgenden Wochen entfaltete sich eine massive Unterstützungsbewegung. Am 4. Juni gab es sogar einen eintägigen Solidaritätsstreik von etwa 4'000 Textilarbeiter:innen in Zürich, Basel, Liestal, Burgdorf und Schaffhausen und eine Unterstützungskundgebung auf dem Zürcher Helvetiaplatz mit 15'000 Teilnehmer:innen. Am 12. Juni stimmte die Betriebsversammlung einem Vermittlungsvorschlag des Einigungsamtes zu, die Direktion



Streikende Schneiderinnen in Genf 1947 (Foto: Urheber:in unbekannt/SozArch F 5032-Ka-0033)



Aufmarsch auf dem Zürcher Lindenhof während des Streiks bei Oscar Weber am 19. Oktober 1946 (Foto: Ernst Koehli/SozArch F 5144-0852-Nc-002)





Menschenmenge auf der Zürcher Bahnhofstrasse während des Streiks bei Oscar Weber (Foto: Ernst Koehli/SozArch F 5047-Fb-230)

lehnte jedoch ab. Erst am 19. Juni, nach sieben Streikwochen, wurde eine Einigung mit Lohnerhöhungen erzielt und ein Kollektivvertrag unterzeichnet.

Im Anschluss daran führte der STFV in sechs Fabriken der Tuch- und Deckenindustrie Streiks durch. Auf die 450 Arbeiter:innen der Tuch- und Deckenfabrik Schild in Liestal am 24. Juni folgten zwei Tage später die rund 700 Arbeiter:innen der beiden Tuchfabriken in Wädenswil. Am 27./28. Juni legten die 160 Arbeiter:innen der Tuchfabriken Schild in Bern und die 90 Arbeiter:innen der Tuchfabrik Schaffhausen die Arbeit nieder. Die Tuchweber:innen in Cazis und Sils begannen ihre Streiks am 8. und 15. Juli 1946. Als Resultat dieser Streikwelle erfolgte im Sommer 1946 der

Abschluss von GAV in der Leinen-, Tuch- und Decken-, Kammgarn- und Teppichindustrie. Auch im folgenden Jahr gab es in der Textilindustrie Arbeitskämpfe, so von Ende Mai bis Anfang Juli bei der Kunstseiden AG in Steckborn. In Genf legten im November 1947 250 Schneiderinnen der Haute-Couture die Arbeit nieder. Nach drei Streiktagen bewilligten die Arbeitgeber Lohnerhöhungen von 10 bis 15 Rappen pro Stunde und die Unterstellung unter einen GAV.

Andere Wirtschaftszweige und Berufsgattungen mit traditionell tiefen Löhnen und schlechten Arbeitsbedingungen verzeichneten ebenfalls Arbeitskämpfe. Für Aufsehen sorgte beispielsweise im Oktober 1946 ein Streik der 34 Packer, Lageristen und Magaziner des an der Zürcher

Bahnhofstrasse domizilierten Warenhauses Oscar Weber. Weber zahlte in diesen Berufen Löhne, die etwa 20% unter denjenigen der Grossdetailisten LVZ (heute: Coop) und Migros lagen. Ende Juni 1946 lehnte Weber Lohnforderungen kategorisch ab, ebenso Anfang Oktober einen Kompromissvorschlag des kantonalen Einigungsamtes oder Verhandlungen mit dem Verband der Handels-, Transport- und Lebensmittelarbeiter (VHTL). Stattdessen wurde der VHTL-Vertrauensmann im Betrieb gefeuert und das Kündigungsschreiben zur Abschreckung am Schwarzen Brett angeschlagen. Die übrigen Packer, Lageristen und Magaziner wurden einzeln zur Direktion zitiert und mit Kündigung bedroht. Daraufhin kam es am 11. Oktober zur Arbeitsniederlegung. Am 19. Oktober organisierten die Gewerk-



Protestversammlung auf dem Zürcher Lindenhof während des Streiks bei Oscar Weber am 19. Oktober 1946 (Foto: Ernst Koehli/SozArch F 5144-0852-Nc-001)



Administration des Gärtnerstreiks im Gewerkschaftsbüro (Foto: Ernst Koehli/SozArch F 5030-Fb-0190)





Beschluss der Zürcher Gärtner über den Streikbeginn (Foto: Ernst Koehli/SozArch F 5030-Fb-0184)



Streikpatrouille der Zürcher Gärtner 1947 (Foto: Ernst Koehli/SozArch F 5144-0880-Nb-001)

schaften eine grosse Protestversammlung auf dem Lindenhof. Im Anschluss daran marschierten mehrere Tausend Personen zum Weber-Hauptsitz an der Bahnhofstrasse, buhten und piffen und blockierten die Eingänge. Zwei Tage später drohte der VHTL mit einem Solidaritätsstreik. Kurz darauf machte das Einigungsamt einen neuen Vorschlag, der Lohnerhöhungen und Verzicht auf Massregelungen vorsah und von beiden Seiten am 25. Oktober angenommen wurde.

Ein halbes Jahr später führte der VHTL in Zürich einen weiteren Arbeitskampf – denjenigen der Gärtner. Auch in diesem Sektor hatten sehr niedrige Löhne und schlechte Arbeitsbedingungen Tradition. Im Juni 1946 kündigte der VHTL den bestehenden GAV. In den darauffolgenden Verhandlungen mit dem Gärtnermeisterverband zeigten sich die Arbeitgeber bereit, die Ferienansprüche auszudehnen und einen Beitrag an die Krankenversicherung zu leisten, in der zentralen Lohnfrage gab es aber keine Einigung. Anfang 1947 brach der VHTL die Verhandlungen ab, die Gärtnermeister verhandelten aber weiter mit den Verbänden der Christlichsozialen und der «Berufsgärtner». Anfang April unterbreitete das Einigungsamt einen Kompromissvorschlag, der nur wenig unter den gewerkschaftlichen Forderungen lag. Die 200 im VHTL organisierten Gärtner lehnten aber ab, stellten ein Ultimatum und traten am 16. April 1947 in den Streik. Durch Patrouillen mit Hilfe befreundeter Bau- und Holzarbeiter legten sie in der Folge etwa 90% der Gartenarbeiten lahm. Nach vier Streiktagen beschloss eine Berufskonferenz des VHTL die Unterstützung der Streikenden. Nach der ersten Streikwoche gab es auf dem Helvetiaplatz eine Kundgebung mit 3'000 Teilnehmer:innen. Zu jener Zeit verhandelte der sozialdemo-

kratische Stadtrat und spätere Bundesrat Willy Spühler hinter verschlossenen Türen über einen neuen Kompromissvorschlag, der schliesslich von beiden Seiten akzeptiert wurde. Daraufhin kam der Streik nach zwei Wochen zu einem Ende. Im Herbst 1948 wurde dann ein neuer GAV für das Gärtnereigewerbe von Zürich und Umgebung unterzeichnet. Die beiden Streiks bei Oscar Weber und im Gartenbau wurden vom Fotografen Ernst Koehli, dessen Nachlass heute im Sozialarchiv liegt, umfassend dokumentiert.

### Übergang zum Arbeitsfrieden der «Trente Glorieuses»

Die Streikwelle von 1945 bis 1949 hinterliess als Startphase der «Trente Glorieuses», einer bis zum Erdölschock von 1973 dauernden Phase wirtschaftlichen Aufschwungs, deutliche Spuren. Von den 159 Arbeitsniederlegungen am Ende des Zweiten Weltkriegs waren aus Sicht der Streikenden 52% vollständig und 44% teilweise erfolgreich. Dies führte zu einer raschen Überwindung der kriegsbedingten Reallohnverluste und einer Steigerung der Reallöhne über das Vorkriegsniveau hinaus. Im Jahr 1949 waren die Reallöhne der Schweizer Arbeiter:innenschaft im Schnitt 24% höher als ein Jahrzehnt zuvor beim Ausbruch des Zweiten Weltkriegs. Besonders zugelegt hatten die Arbeiter:innen, deren Reallöhne 1949 38% höher waren als bei Kriegsausbruch. Bei den Angestellten, die sich an der Streikwelle zu Kriegsende kaum beteiligten, lagen die Reallöhne 1949 lediglich 12% über dem Niveau bei Kriegsausbruch.

Langfristig wichtiger war aber die grossflächige Durchsetzung von GAV, die ebenfalls in vielen Streikforderungskatalogen figurierten. Von 1944 bis 1950 stieg die Zahl der GAV von 632 auf 1'447. Im Jahr

1951 verfügten 775'000 Arbeitnehmer:innen über einen GAV, zwölfmal mehr als bei Ausbruch der Weltwirtschaftskrise 1929. In vielen GAV wurde erstmals der Anspruch auf bezahlte Ferien verankert. Als Standard etablierte sich dabei (wie auch in den ersten kantonalen Feriengesetzen 1946 in Solothurn, 1947 in Glarus, der Waadt und Genf, 1948 in Zug, 1949 in Basel-Land und Neuchâtel und 1950 in Schwyz) ein Anspruch von mindestens zwei Wochen. Ein wesentlicher Bestandteil vieler GAV war auch die – 1956 dann im Obligationenrecht geregelte – Friedenspflicht. Viele Verträge gingen dabei über die «relative» Friedenspflicht, welche Kampf-massnahmen zu nicht vertraglich geregelten Gegenständen erlaubt, hinaus und bekannten sich zur «absoluten» Friedenspflicht, die für die Zeit der Vertragsdauer

sämtliche Kampfaktionen ausschliesst. Da zudem auch Arbeitskämpfe in der Phase der Vertragsverhandlungen selten wurden, ging die schweizerische Streikrate, auch im internationalen Vergleich, massiv zurück. Ab 1950 wurde jährlich nur noch eine einstellige Zahl von Streiks gezählt, im Jahr 1961 verzeichnete die Streikstatistik gar keine einzige Arbeitsniederlegung.

Parallel zur Streikwelle am Ende des Zweiten Weltkriegs und mit dieser verbunden nahmen die Mitgliederzahlen der Arbeitnehmer:innenorganisationen (deren Dach- und Einzelverbandsakten heute zum grossen Teil im Sozialarchiv lagern) nach einem leichten Rückgang in den ersten Kriegsjahren bis Ende der 1940er-Jahrestark zu. Von 1941 bis 1949 stiegen sie beim Schweizerischen Ge-



Eine rare Unterbrechung des Arbeitsfriedens: Solidaritätsaktion während des neunmonatigen Streiks in der Wolldeckenfabrik Schwendener in Sils 1952/53 (Foto: Ernst Koehli/SozArch F 5047-Fb-227)



Schwarze Listen: Auch nach dem Zweiten Weltkrieg noch ein Mittel des Arbeitskampfes (SozArch 331/256a-Z4)

werkschaftsbund (SGB) von 217'000 auf 381'000 Personen, bei der Vereinigung schweizerischer Angestelltenverbände (VSA) von 66'000 auf 75'000, beim Christlich-nationalen Gewerkschaftsbund (CNG) von 36'000 auf 48'000, beim Verband evangelischer Arbeiternehmer (SVEA) von knapp 12'000 auf knapp 16'000 und beim Landesverband Freier Schweizer Arbeiternehmer (LFSA) von 8'000 auf 15'000. Zugleich wurden sie durch die neuen Wirtschaftsartikel, die 1947 im selben Urnengang wie die AHV angenommen wurden (allerdings weit weniger deutlich als diese) auch verfassungsrechtlich aufgewertet. Erstens überführten diese die Möglichkeit der Allgemeinverbindlichkeit von GAV ins ordentliche Recht und gaben dem Bundesrat die Kompetenz, «die Allgemeinverbindlicherklärung von

Gesamtarbeitsverträgen und von andern gemeinsamen Vorkehren von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden zur Förderung des Arbeitsfriedens» zu beschliessen. Zweitens hielten sie fest, die «zuständigen Organisationen der Wirtschaft» seien «vor Erlass der Ausführungsgesetze anzuhören und können beim Vollzug der Ausführungsvorschriften zur Mitwirkung herangezogen werden.» Dadurch wurde das in der Forschung als «Neo-Korporatismus» oder «liberaler Korporatismus» bezeichnete, für die Nachkriegsschweiz charakteristische Modell des Zusammenwirkens von Staat und Verbänden, dessen integraler Bestandteil die vertragsbasierte Sozialpartnerschaft war, sogar in der Bundesverfassung verankert.

Christian Koller

## Material zum Thema im Sozialarchiv (Auswahl)

### Archiv

- Ar 1.610.8 Sozialdemokratische Partei der Schweiz: Streiks und andere Gewerkschaftsfragen
- Ar 18.301.1–9 Gewerkschaft Textil Chemie Papier GTCP: Streiks
- Ar 18.304.46 Gewerkschaft Textil Chemie Papier GTCP: Branchenmappen Leinenindustrie
- Ar 18.308.42 Gewerkschaft Textil Chemie Papier GTCP: Sekretariatsakten Gewerkschaftsgeschichte: Streik Zofingen 1946
- Ar 22.50.31 Gewerkschaft Bau und Holz Sektion Zürich: Sektionsakten 1947–1970
- Ar 22.60.10 Gewerkschaft Bau und Holz Sektion Zürich: Sektionsversammlungen 1945–1948
- Ar 22.60.35 Gewerkschaft Bau und Holz Sektion Zürich: Vorstandssitzungen 1945–1946
- Ar 22.60.36 Gewerkschaft Bau und Holz Sektion Zürich: Vorstandssitzungen 1947–1948
- Ar 22.75.2 Gewerkschaft Bau und Holz Sektion Zürich: Streiks 1937–1951
- Ar 22.75.5 Gewerkschaft Bau und Holz Sektion Zürich: Streiks
- Ar 72.25.1 Landesverband freier Schweizer Arbeitnehmer LFSA: Akten Baugewerbe 1948–1974
- Ar 72.72.15.6 Landesverband freier Schweizer Arbeitnehmer LFSA: Zentralvorstand: Protokolle 1946–1956
- Ar 73.15.54 Christlicher Holz- und Bauarbeiterverband der Schweiz: Protokolle Zentralvorstand 1941–1948
- Ar 73.30.2 Christlicher Holz- und Bauarbeiterverband der Schweiz: Streiks 1947–1950
- Ar 73.30.3 Christlicher Holz- und Bauarbeiterverband der Schweiz: Schreinerstreik Tessin 1947
- Ar 201.44 Oerlikoner Streik 1940
- Ar 201.274 Streik in der Woldeckenfabrik Schwendener in Sils im Domleschg
- Ar 301.28 Manuskripte, Typoskripte: Eduard Kobelt: Das Streikverhalten der Arbeiter in der Ostschweiz 1927–1950
- Ar 422.31.2 SMUV Sektion Zürich: Diverse Konfliktfälle 1931–1950
- Ar 593 Dokumentation Arbeitskonflikte Ostschweiz
- Ar GBI 04F-0067 Gewerkschaft Bau und Industrie: Sprengstofffabrik Dottikon: Streik
- Ar GBI 04B-0101(1) Gewerkschaft Bau und Industrie: Baugewerbe: Berufskonferenzen, Korrespondenz, 1942–1949
- Ar KV B 406 Kaufmännischer Verband Schweiz: Diverse Vereinbarungen, Abkommen, Richtlinien, Reglement
- Ar SGB G 112/6 Schweizerischer Gewerkschaftsbund (SGB): SMUV/FTMH: Korrespondenz 1941–1949
- Ar SMUV 05F-0010 SMUV Gewerkschaft Industrie, Gewerbe, Dienstleistungen: Zusammenstellung der Bewegungen: Löhne; Zulagen; Ferien; Streik, 1937–1950
- Ar VHTL 04A-0063 Gewerkschaft Verkauf Handel Transport Lebensmittel (VHTL): Warenhauspersonal: Oscar Weber AG
- Ar VHTL 04D-0006 Gewerkschaft Verkauf Handel Transport Lebensmittel (VHTL): Gärtner und GartenarbeiterInnen: Vertragsbewegung
- Ar VHTL 04D-0007 Gewerkschaft Verkauf Handel Transport Lebensmittel (VHTL): Gärtner und GartenarbeiterInnen: Berufskonferenzen
- Ar VHTL 04D-0009 Gewerkschaft Verkauf Handel Transport Lebensmittel (VHTL): Gärtner und GartenarbeiterInnen: Lohnbewegungen
- Ar VHTL 04D-0013 Gewerkschaft Verkauf Handel Transport Lebensmittel (VHTL): Gärtner und GartenarbeiterInnen: Streiks und Konflikte

- Ar VHTL 08B-0038 Gewerkschaft Verkauf Handel Transport Lebensmittel (VHTL): GTCP (STFV): Konflikte, Streiks
- Ar VHTL 08B-0045 Gewerkschaft Verkauf Handel Transport Lebensmittel (VHTL): SBHV: Streiks, Konflikte

#### Archiv Bild + Ton

- F 5030 Gewerkschaft Verkauf Handel Transport Lebensmittel (VHTL)
- F 5144 Koehli, Ernst (1913–1983)

#### Sachdokumentation

- KS 331/29 Unternehmen und Beschäftigte; Friedensabkommen (1937): Schweiz
- KS 331/30 Gesamtarbeitsverträge: Schweiz allg.
- KS 331/32 Gesamtarbeitsverträge: Bekleidungs- und Textilindustrie
- KS 331/32b Gesamtarbeitsverträge: Chemische Industrie
- KS 331/32d Gesamtarbeitsverträge: Bekleidungs- und Textilindustrie
- KS 331/33 Gesamtarbeitsverträge: Handel, Transport und Lebensmittel
- KS 331/34 Gesamtarbeitsverträge: Bau und Holz
- KS 331/34a Gesamtarbeitsverträge: Bau und Holz
- KS 331/34b Gesamtarbeitsverträge: Bau und Holz
- KS 331/35 Gesamtarbeitsverträge: Maschinen-, Metall- und Uhrenindustrie
- KS 331/36:2 Gesamtarbeitsverträge: diverse Branchen
- KS 331/256 Arbeitskonflikte und Streiks in der Schweiz
- KS 331/256a Arbeitskonflikte und Streiks in der Schweiz
- KS 331/262 Arbeitskonflikte und Streiks: Methoden der Arbeitgeber
- ZA 71.2 Gesamtarbeitsverträge
- ZA 77.5 C Arbeitskonflikte und Streiks in der Schweiz

#### Bibliothek

- Arbeitsgruppe für Geschichte der Arbeiterbewegung Zürich: Schweizerische Arbeiterbewegung: Dokumente zu Lage, Organisation und Kämpfen der Arbeiter von der Frühindustrialisierung bis zur Gegenwart. Zürich 1975, 54290
- Baumann, Hans et al.: 50 Jahre Friedensabkommen: Alte Rezepte für neue Herausforderungen? Neue gewerkschaftliche Alternativen zum «Wachstumspakt» sind nötig, in: Gewerkschaftliche Rundschau 79 (1987). S. 139–150, N 59
- Baumgärtner, Alex: Industrial Relations in der Schweizerischen Eidgenossenschaft. Baden-Baden 2013, 127832
- Casutt-Schneeberger, Julia: Business cycles and strike activity: Labour conflicts across different economic regimes, 1945–2004. Marburg 2011, 126641
- Conca-Pulli, Pälvi: Soldats au service de l'ordre public: La politique du maintien de l'ordre intérieur au moyen de l'armée en Suisse entre 1914 et 1949. Neuchâtel 2003, 134579
- Degen, Bernhard: Von «Ausbeutern» und «Scharfmachern» zu «Sozialpartnern»: Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmen im Wandel, in: Schweizerisches Sozialarchiv (Hg.): Bilder und Leitbilder im sozialen Wandel. Zürich 1991. S. 231–270, 91632
- Deshusses, Frédéric: Mettre en œuvre la paix du travail, autour d'une grève des typographes genevois en 1948, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 73/2 (2023). S. 146–162, D 6201
- Fluder, Robert et al.: Gewerkschaften und Angestelltenverbände in der schweizerischen Privatwirtschaft: Entstehung, Mitgliedschaft, Organisation und Politik seit 1940. Zürich 1991, 92905
- Gallati, Renatus: Der Arbeitsfriede in der Schweiz und seine wohlstandspolitische Bedeutung im Vergleich mit der Entwicklung in einigen anderen Staaten. Bern 1976, 57361

- Gerlach, Thomas: Ideologie und Organisation: Arbeitgeberverband und Gewerkschaften in der Schweizer Textilindustrie 1935 bis 1955: Eine Studie zur Logik kollektiven Handelns. Stuttgart 1995, 98861
- Humbel, Kurt: Treu und Glauben: Entstehung und Geschichte des Friedensabkommens in der schweizerischen Maschinen- und Metallindustrie. Bern 1987, 83182
- Kobelt, Eduard: Das Streikverhalten der Arbeiter in der Ostschweiz 1927–1950. Erlenbach 2019, Online-Ressource
- Koller, Christian: Streikkultur: Performenzen und Diskurse des Arbeitskampfes im schweizerisch-österreichischen Vergleich (1860–1950). Wien 2009, 121626
- Koller, Christian: La grève comme phénomène «anti-suisse»: Xénophobie et théories du complot dans les discours anti-grévistes (19<sup>e</sup> et 20<sup>e</sup> siècles), in: Cahiers d'histoire du mouvement ouvrier 28 (2012). S. 25–46, D 5037
- Länzlinger, Stefan: Edelweiss gegen Enzian: Gärtnerstreik, 1947, in: Koller, Christian und Raymond Naef (Hg.): Chronist der sozialen Schweiz: Fotografien von Ernst Koehli 1933–1953. Baden 2019. S. 135–141, Gr 14947
- Leimgruber, Matthieu und Martin Lengwiler (Hg.): Umbruch an der «inneren Front»: Krieg und Sozialpolitik in der Schweiz, 1938–1948. Zürich 2009, 121550
- Leu, G.: Der Streik in der Bindfadenfabrik Flurlingen. Schaffhausen 1946, Hf 2919
- Levy, René und Laurant Duvanel: Politik von unten: Bürgerprotest in der Nachkriegsschweiz. Basel 1984, 75704
- Loew, Leo: Das geht uns alle an! Friedensabkommen oder Gesamtarbeitsvertrag: Der Kampf der Basler Chemiearbeitergewerkschaft für mehr Lohn, mehr Recht, mehr Freiheit im Betriebe. Basel 1945, 331/29-8
- Lotte Operaie in Svizzera 1945–1973: La crescita di una classe operaia multinazionale. Padova 1975, Hf 4650

- Müller, Michael: Nicht Gnade, sondern Recht! Der Zofinger Chemiarbeiterstreik von 1946. Lizentiatsarbeit Universität Bern 1996, Gr 8794
- Müller, Michael: Der Zofinger Chemiarbeiterstreik von 1946, in: Boillet, Valérie et al. (Hg.): Vom Wert der Arbeit: Schweizer Gewerkschaften – Geschichte und Geschichten. Zürich 2006. S. 236f., 116940
- Naef, Raymond: «Einmal Oscar Weber – nie mehr Oscar Weber!»: Streik und Kundgebung auf dem Zürcher Lindenhof, in: ders. und Christian Koller (Hg.): Chronist der sozialen Schweiz: Fotografien von Ernst Koehli 1933–1953. Baden 2019. S. 125–133, Gr 14947
- Ronca, Marion: Streitpunkt Konjunktur: Die Verhandlung der Stabilisierungspolitik zwischen Bund und Wirtschaftsverbänden (1946–1957), in: Hürlimann, Gisela et al. (Hg.): Lobbying: Die Vorräume der Macht. Zürich 2016. S. 93–107, D 5969
- Schiavi, Rita und Ruedi Brassel: Kämpfend in den Arbeitsfrieden: Zur Streikwelle der unmittelbaren Nachkriegszeit, in: Degen, Bernard et al. (Hg.): Arbeitsfrieden – Realität eines Mythos: Gewerkschaftspolitik und Kampf um Arbeit – Geschichte, Krise, Perspektiven. Zürich 1987. S. 57–69, D 5170
- Schmid, Philipp und Beat Rathgeb: «Mehr Lohn, mehr Recht und Freiheit!»: Die Streiks in der Bindfadenfabrik Flurlingen 1946 und in der Kunstseidenfabrik Steckborn 1947. Seminararbeit, Universität Zürich 2014, Online-Ressource
- Siegenthaler, Jürg: Die Politik der Gewerkschaften: Eine Untersuchung der öffentlichen Funktionen Schweizerischer Gewerkschaften nach dem Zweiten Weltkrieg. Bern 1968, 38840
- Stirnimann, Charles: Der Weg in die Nachkriegszeit 1943–1948: Ein Beitrag zur politischen Sozialgeschichte des «Roten Basel». Basel/Kassel 1992, 93741
- Tanner, Jakob: Bundeshaushalt, Währung und Kriegswirtschaft: Eine finanzsoziologi-

sche Analyse der Schweiz zwischen 1938 und 1953. Zürich 1986, 80689

- Tronchet, Henri: Il y a quarante ans à Genève: Une action syndicale exemplaire, la conquête du paiement des jours fériés, in: Cahiers d'histoire du mouvement ouvrier 3 (1986). S. 48–55, D 5037
- Tronchet, Lucien: Combats pour la dignité ouvrière. Genf 1979, 67095
- Tschudi, Hans-Martin: Die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse durch die Sozialpartner des schweizerischen Baugewerbes dargestellt an der Entwicklung des Landesmantelvertrages für das schweizerische Hoch- und Tiefbau-, Zimmer-, Steinhauer- und Steinbruchgewerbe 1938–1976. Zürich 1979, 65309
- Vuattolo, August: Geschichte des Schweizerischen Bau- und Holzarbeiterverbandes, 1873–1953, Bd. 3. Zürich 1956, 20748

## Werden Sie Mitglied des Vereins Schweizerisches Sozialarchiv

Das Schweizerische Sozialarchiv wird seit seiner Gründung im Jahr 1906 von einem breit abgestützten Verein getragen.

«Der Verein verfolgt die Aufgabe, Forschung, Bildung, Ausbildung und Information auf sozialem und politischem Gebiet durch Literatursammlung, Dokumentation und archivische Überlieferungsbildung sowie auf andere zweckdienliche Weise zu fördern. Er macht seine Sammlungen öffentlich zugänglich.» (Statuten, § 2)

Mit einer Mitgliedschaft unterstützen Sie das Sozialarchiv ideell und finanziell. Der Jahresbeitrag beträgt CHF 30.– für Einzelmitglieder und CHF 100.– für Kollektivmitglieder.

Als Mitglied erhalten Sie eine persönliche Einladung zu unseren Veranstaltungen sowie das 4× jährlich erscheinende «SozialarchivInfo» per Post zugeschickt.

Anmeldung für eine Mitgliedschaft: [kontakt@sozialarchiv.ch](mailto:kontakt@sozialarchiv.ch)



Das Schweizerische Sozialarchiv ist in der Schweiz die erste Adresse für alle, die sich mit dem gesellschaftlichen Wandel und den sozialen Bewegungen vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart befassen. In den Abteilungen Bibliothek, Archiv und Dokumentation werden unterschiedlichste Arten von Dokumenten gesammelt, erschlossen, zugänglich gemacht und als Beitrag zum kulturellen Gedächtnis der Schweiz sicher aufbewahrt.

Schweizerisches Sozialarchiv  
Stadelhoferstrasse 12  
8001 Zürich

Verwaltung: +41 (0)43 268 87 40  
Ausleihschalter: +41 (0)43 268 87 50

[kontakt@sozialarchiv.ch](mailto:kontakt@sozialarchiv.ch)  
[sozialarchiv.ch](http://sozialarchiv.ch)